

# Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Herausgegeben vom Vorstande.

Erscheint alle 14 Tage.  
Für Mitglieder des Verbandes durch die Post gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Mühlstraße 15) und bei der Post, Postzeitungspreisliste Nr. 1944 a, 65 Pf. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einsendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur F. Wieber, Duisburg, Diercke 52. Inserate, Neubestellungen, Adressenänderungen und Beschwerden in der Aufschrift sind an die Expedition zu richten. Insertionspreis im Voraus zahlbar, für die 4gepaltenen Beträge 30 Pf.

5. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 19. November 1904.

Nr. 24.

## Die Arbeitervertretung in der Invaliden- und Unfallversicherung.

Die Organisation der Krankenversicherung und die Verwaltung der Krankenkassen erstreckt sich vornehmlich dort, wo eine frisch pulsierende Arbeiterbewegung besteht, des regen Interesses der Versicherten und mit Recht; hängt es doch vornehmlich von der Tüchtigkeit der in die Verwaltung der Krankenkassen gewählten Arbeitervertreter ab, ob die Kasse zu einer wirklichen Wohlfahrtseinrichtung ausgebaut und die Geschäftsleitung in wohlwollend gerechter Weise gehandhabt wird, oder ob die Kassenverwaltung dann schon ihren Daseinszweck als erfüllt betrachtet, wenn bei möglichst geringen Beiträgen die gesetzlichen Mindestleistungen gewährt — oder auch nicht gewährt werden. Es gibt ja leider noch Kassenverwaltungen, die sich einbilden, eine sozialpolitische Großtat vollbracht zu haben, wenn sie einem armen erkrankten Arbeiter, der ihr nicht schnell genug wieder gesund wird, durch zwangsweise Ueberweisung ins Krankenhaus oder durch Beeinflussung des Kassenarztes um die Krankenunterstützung bringen.

Im Gegensatz zur Krankenversicherung ist der Mehrzahl der versicherten Arbeiter die Organisation und die Verwaltung der Invaliden- und Unfallversicherung ein Buch mit sieben Siegeln. Diese Erscheinung ist erklärlich, wenn man den komplizierten Organisationsapparat, den die breite Öffentlichkeit nicht berührenden Wahlmodus und weiterhin berücksichtigt, daß die Invaliden- und Unfallversicherung die Mitwirkung der Arbeitervertreter nicht so intensiv in Anspruch nimmt, wie dies bei der Krankenversicherung der Fall ist.

Bei der Abänderung der Invaliden- und Unfallgesetze in den Jahren 1899 und 1900 ist man auf den glücklichen Gedanken gekommen, die Arbeitervertretung in diesen Versicherungszweigen sowohl wie auch in den zur Entscheidung von Streitfällen berufenen Gerichtshöfen — die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und das Reichsversicherungsamt bzw. die Landesversicherungsämter — auf einer einheitlichen Basis, nämlich die Krankenversicherung, zu organisieren.

Durch diese Neuerung sind den Arbeitervertretern in den Krankenkassen neue wichtige Aufgaben übertragen worden, ein Grund mehr für die christliche Arbeiterschaft, der Krankenversicherung und den Vertreterwahlen das größte Interesse entgegen zu bringen.

Der Uebergang von der Krankenversicherung zu den übrigen Versicherungszweigen vermitteln die Krankenkassenvorstände.

Den unteren Verwaltungsbehörden weist nämlich das Gesetz insbesondere folgende Aufgaben zu:

- a) Die Anträge auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten oder auf Beitragserstattungen entgegenzunehmen und sich zu denselben gutachtlich zu äußern;
- b) Gutachten darüber zu erstatten, ob Invalidenrenten entzogen und Rentenzahlungen eingestellt werden sollen;
- c) Streitverfahren zu vermitteln und
- d) den Beteiligten über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen.

Bezüglich der Tätigkeit der Beisitzer bestimmt Paragraph 59 des Invalidengesetzes, daß zwei der-

selben, ein Arbeiter und ein Arbeitgeber, in der von der Regierung festgesetzten Reihenfolge, von der unteren Verwaltungsbehörde zur Prüfung und Beratung zugezogen werden müssen, wenn Letztere meint, daß ein erhobener Anspruch auf Invalidenrente als nicht gerechtfertigt bezeichnet oder die Entziehung einer Rente befürwortet werden müsse. Die Beisitzer haben also zu untersuchen, ob dem Versicherten nicht mit Versagung bzw. Entziehung der Rente Unrecht geschieht und müssen dementsprechend auch ihr Gutachten (die schließliche Entscheidung liegt bei der Versicherungsanstalt und eventl. bei den gerichtlichen Instanzen) abgeben.

Den Beisitzern bei der unteren Verwaltungsbehörde ist weiterhin das wichtige Recht übertragen worden, die Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsanstalt zu wählen. Dieser Ausschuss besteht aus mindestens 10 Vertretern und zwar müssen es Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl sein. Für jeden Vertreter sind außerdem mindestens 2 Ersatzmänner zu wählen, die dann eintreten, wenn der eigentliche Vertreter sein Amt nicht mehr ausüben kann.

Dieser Ausschuss hat für die Invalidenversicherung ungefähr dieselben Funktionen auszuüben, die in den Krankenkassen der Generalversammlung übertragen sind. Insbesondere ist es dem Ausschusse vorbehalten, die nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu wählen, den Haushaltsvoranschlag aufzustellen, die Jahresrechnung zu prüfen, die ganze Geschäftsführung des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu überwachen und die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zu wählen. Außerdem ist es den Ausschussmitgliedern aus dem Arbeiterstande übertragen worden, die Arbeitervertreter zu wählen, welche beim Erlasse der Unfallverhütungsvorschriften gemäß §§ 120a bis 120c der Gewerbeordnung zur Beratung zugezogen werden müssen.

Die bedeutungsvollste Funktion des Ausschusses dürfte aber darin bestehen, daß er die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung (der Vorsitzende wird vom Ministerium ernannt) zu wählen hat.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung sind berufen, die aus der Unfall- und Invalidenversicherung zwischen den Versicherungsträgern — Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten — und den Versicherten sowie den Angehörigen derselben erwachsenden Streitigkeiten durch Urteil nach Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden. Die Beisitzer sollen nach dem Willen des Gesetzgebers beim Schiedsgerichte als wirkliche Richter fungieren und kraft der ihnen innewohnenden Kenntnis der besonderen Betriebsverhältnisse speziell sich darüber aussprechend äußern, inwiefern ein Versicherter noch als arbeitsfähig zu gelten hat. Die hohe Bedeutung der Schiedsgerichte und die Verantwortlichkeit des Beisitzeramtes wird am besten durch Zahlen illustriert: im Jahre 1903 sind bei den in Deutschland bestehenden 123 Schiedsgerichten im Ganzen 70 889 Streitigkeiten wegen Unfallentschädigung und 23 816 Berufungen wegen verweigerter Invalidenrente anhängig gemacht worden; bald 100 000 Versicherte mußten also ihr Schicksal in die Hände des Schiedsgerichtes legen.

Aber nicht nur als Richter, sondern auch als Wähler müssen sich die Schiedsgerichtsbeisitzer betätigen, da von ihnen die Laien-Mitglieder des Reichsversicherungsamtes gewählt werden. Das Reichs-

sprechung, fordert aber das vollste Interesse der Arbeiter, weil es der höchste Gerichtshof in Unfall- und Invalidenrentenstreitsachen ist und dessen Entscheidungen die Richtschnur für die Auslegung und Anwendung der Gesetze bilden.

## Die Wahl der Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden

hat nach der von den Landeszentralbehörden (in Preußen von den Oberpräsidenten im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe) erlassenen Wahlordnungen, in der Zeit von Oktober bis Dezember stattzufinden.

Da die Amtsperiode der Vertreter 5 Jahre dauert und die jetzigen Vertreter im Herbst 1899 für die Zeit ab 1. Januar 1900 gewählt worden sind, stehen die Neuwahlen unmittelbar vor der Tür.

Berechtigt zur Teilnahme an den Vertreterwahlen sind:

a. die Vorstände der im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau- und Zunftkrankenkassen, der Knappschaftskassen, der Seemannskassen, sowie anderer zur Wahrnehmung von Interessen der Seeleute bestimmten und obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seeleuten;

b. die Vorstände derjenigen freien Hilfskassen welche als Ersatz der Zwangsversicherung zugelassen sind und deren Bezirk nicht denjenigen der unteren Verwaltungsbehörde überschreitet (die zentralisierten Hilfskassen haben also kein Wahlrecht) und

c. die Kreis- und Stadtbehörden für die nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherungspflichtigen, aber keiner Krankenkasse angehörenden Personen.

Das Stimmverhältnis der Wahlberechtigten richtet sich nach der Zahl der von ihnen vertretenen Versicherten. Wählerkörper mit nicht mehr wie 50 Versicherten haben nur eine Stimme; bei solchen mit mehr wie 50 bis zu 100 Versicherten werden zwei Stimmen angerechnet; die weitere Steigerung erfolgt in der Weise, daß für je 100 Versicherte eine Stimme zugezählt wird.

Zur Vorbereitung der Wahl müssen bis zum 1. Oktober des Wahljahres die Krankenkassen die Zahl ihrer dem Invalidenversicherungsgesetze unterstehenden Mitglieder anzeigen; den Gemeindebehörden liegt die Pflicht ob, die Zahl derjenigen Personen zu melden, welche von der Invalidenversicherung betroffen werden, in Krankenkassen aber nicht organisiert sind.

Die Wahl erfolgt auf Aufforderung der unteren Verwaltungsbehörde, welche den einzelnen Wählern einen Stimmzettel ausstellen darf, auf dem vermerkt sein muß:

1. die Zahl der dem betr. Wahlkörper zuzurechnenden Stimmen,
2. die Zahl der zu wählenden Vertreter und
3. der Endtermin, bis zu welchem der Zettel zurückzugeben ist.

Nach Eingang des Wahlzettels muß der Vorsitzende die Wahlberechtigten einberufen und die Wahl tätigen lassen. Das Resultat der Wahl ist in dem Stimmzettel einzutragen und dieser dann der unteren Verwaltungsbehörde zurückzugeben.

Die untere Verwaltungsbehörde muß unter Bes-

Wahlung eines verordneten Protokollführers die abge-  
gebenen Stimmen zusammenstellen und gelten die  
Meistbestimmten als gewählt.

Falls während der Wahlperiode von 5 Jahren  
Vertreter aus dem Amte ausscheiden, so treten die-  
jenigen Personen als Ersatzmänner ein, welche die  
nächstgrößte Zahl gültiger Stimmen auf sich ver-  
einigt hatten; eventuell, falls nämlich Personen,  
auf welche gültige Stimmen gefallen sind, nicht vor-  
handen sein sollten, hat eine Nachwahl stattzufinden.

Für den Bezirk einer jeden unteren Verwal-  
tungsbehörde müssen mindestens 8 Vertreter und  
zwar 4 Arbeiter und 4 Arbeitgeber gewählt werden;  
die Landeszentralbehörden sind befugt, eine größere  
Vertreterzahl (aber keine geringere) zu bestimmen,  
jedoch muß das Zahlenverhältnis zwischen Arbeit-  
geber und Arbeiter immer gleich sein.

Wählbar als Vertreter bei der unteren Ver-  
waltungsbehörde sind alle diejenigen deutschen,  
männlichen Personen über 21 Jahre, welche zum  
Amte eines Schöffen fähig sind.

(Das Amt eines Schöffen können nicht bekleiden  
solche Personen, denen diese Befähigung durch straf-  
gerichtliches Urteil aberkannt worden ist, gegen welche  
das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder  
eines Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung  
der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur  
Besetzung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann  
und solche Personen, die infolge gerichtlicher An-  
ordnung in der Besorgung über ihr Vermögen be-  
schränkt sind.)

Voraussetzung ist ferner, daß der zu wählende  
Vertreter der Versicherten auf Grund des Invaliden-  
versicherungsgesetzes versichert ist und Beiträge leistet;  
es können also hier nicht nur versicherungspflichtige,  
sondern auch freiwillig versicherte Personen gewählt  
werden. Die Vertreter der Arbeitgeber müssen ent-  
weder selbst versicherungspflichtige Personen beschä-  
ftigen oder bevollmächtigte Leiter derartiger Betriebe  
sein. Endlich ist zu berücksichtigen, daß die Ver-  
treter im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde  
nicht mindestens zur Hälfte an deren Spitze oder in  
einer Entfernung bis zu 10 Kilometer von demselben  
wohnen müssen und nicht Mitglied des Vorstandes  
der Versicherungsanstalt oder eines Schiedsgerichts  
sein dürfen.

Nachdem die Wahlen zu den unteren Verwal-  
tungsbehörden abgeschlossen sind, werden dann näch-  
stens die neugewählten Vertreter die Mitglieder des  
Zuschusses der Landesversicherungsanstalten wählen.  
Diese wiederum wählen die Mitglieder zu den  
Schiedsgerichten und die Arbeitervertreter zur Be-  
ratung der Berufsgenossenschaftlichen Unfallverhü-  
tungsvorschriften, bis endlich die Schiedsgerichts-  
mitglieder in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres  
zur Wahl der Vertreter beim Reichsversicherungs-  
amte kommen. Die Vertreterwahlen bringen also  
auch die Entscheidung darüber, wie die übrigen Ämter  
in der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung  
besetzt werden!

Es ist für die Arbeiterschaft von eminenter  
Bedeutung, daß nur zuverlässige und kenntnisreiche  
Leute zu Vertretern bei den unteren Verwaltungs-  
behörden gewählt werden, nur klassenbewußte Ar-  
beiter, die bereit sind, im Interesse der Gesamtheit  
ihre freie Zeit dem Studium der sozialen Gesetz-  
gebung zu widmen und bei Ausübung ihres wich-  
tigen Amtes rücksichtslos dem Rechte zu dienen.

Da die Wahlen, wie bereits oben gesagt, in aller-  
nächster Zeit stattfinden, müssen die örtlichen Ver-  
waltungsstellen der christlichen Gewerkschaften dort,  
wo es bis jetzt noch nicht geschehen ist, sofort zu-  
sammentreten und gemeinsam mit den übrigen Ar-  
beiterorganisationen (Arbeitervereine u.) alle Hebel  
in Bewegung setzen, damit zunächst alle Klassen von  
den gesetzlichen Wahlrechten Gebrauch machen und  
dann solche Kollegen gewählt werden, deren Vor-  
satz es ist, daß die in sie gesetzte Erwartung  
auch in Erfüllung gehen.

Man bedenke, daß für fünf lange Jahre das  
Wohl und Wehe derjenigen Personen, welche auf  
die Leistungen der Unfall- oder Invalidenversiche-  
rung Anspruch erheben, zu einem nicht geringen Teile  
von dem Resultate der Vertreterwahl abhängig ist.

### Zur Generalversammlung der Central- Krankengeld-Zuschusskasse in Hamm i. W.

Am 18. und 19. September fand in Hamm an  
der Spitze die Generalversammlung der Central-Kran-  
kengeld-Zuschusskasse der lath. Arbeitervereine und  
christlichen Berufsverbände Deutschlands statt. Zu  
derselben waren außer dem Central-Vorstand und  
dem Ausschusse 98 Delegierte erschienen, welche 141  
Stimmen vertreten. Zuerst wurde der Geschäftsber-  
icht des Centralvorstandes und des Ausschusses er-  
stattet und dem Kassierer Erlinghagen Vercharge er-  
teilt. In der Diskussion zum Geschäftsbericht wur-  
den unter anderem auch die Zahlstellen des Me-  
tallarbeiter-Verbandes einer kleinen Kritik unter-  
zogen und die Frage aufgeworfen, woher es wohl  
käme, daß die Zahlstellen des Metallarbeiter-Ver-  
bandes im Vorjahre so schlecht abgeschlossen hätten.  
Es soll dies wohl mit durch die Aufnahme älterer  
Mitglieder bei Eröffnung von neuen Zahlstellen ver-  
ursacht sein, aber hauptsächlich in der Schwäche der  
einzelnen Zahlstellen zu suchen sein, wie der Kas-  
sierer Erlinghagen behauptet, denn es seien auch  
im Metallarbeiter-Verbande Zahlstellen, die sehr gut  
abgeschlossen hätten.

Nach der Diskussion wurde die Neu- bzw. Er-  
satzwahl des Centralvorstandes und des Ausschusses  
vorgenommen und sodann in die Beratung der vor-  
liegenden Anträge eingetreten.

Der zu § 1 der Satzungen vorliegende Antrag,  
wonach eine neue Abteilung für die gefährlichen  
Berufe, wie Bergarbeiter, Zinkhüttenarbeiter usw. ge-  
schaffen werden sollte, wurde begründet vom Vor-  
sitzenden und einstimmig die Schaffung einer neuen  
Abteilung beschlossen mit dem Hinweis, daß die bis-  
her schon der Kasse angehörigen Mitglieder dieser  
Berufe unbedingt der neuen Abteilung beitreten müs-  
sen. Die Wochenbeiträge dieser Abteilung wurden fest-  
gesetzt wie folgt: 1. Klasse 20 Pfg., 2. Klasse 30  
Pfg., 3. Klasse 40 Pfg., und 4. Klasse 60 Pfg. Diese  
Festsetzung erfolgt mit allen gegen 13 Stimmen.  
Ferner wurde angenommen der Antrag über Ent-  
scheidung bei der Aufnahme. Es ist dies besonders  
der Zusatz zu Paragraph 5 Ziffer 3. Ueber die Auf-  
nahme entscheidet jedoch der Centralvorstand, wes-  
halb demselben das Quittungsbuch der bisherigen  
Kasse sowie der Aufnahmeschein unserer Kasse zur  
Bestätigung eingesandt werden muß. Die Anträge  
zwecks Erhöhung des Krankengeldes und des Aus-  
fallens der Sonntage im Krankengelde wurden ge-  
gen 2 Stimmen abgelehnt und bemerkte der Vor-  
sitzende hierzu, daß unsere Zuschusskasse heute schon  
mehr leistet an Krankengeld für je einen Pfennig  
Beitrag als alle anderen Zuschusskassen. Dieses sei  
frei in der Agitation zu verwenden.

Nachdem dann verschiedene kleinere Anträge  
teils abgelehnt und zurückgezogen waren, kam man  
zum Antrag, auf Gewährung von Sterbegeld, ohne  
Erhöhung der Beiträge. Derselbe wurde zurückge-  
zogen und dagegen vom Kassierer Erlinghagen be-  
merkt: Die Kasse könne jetzt unmöglich mehr leisten,  
denn sie habe im 1. und auch noch im 2. Quar-  
tal dieses Jahres mit einem bedeutenden Minus  
abgeschlossen. (Hier müssen wir auch wohl eine Ein-  
wirkung der freien Arztwahl erkennen.) Infolge  
dieser Tatbestände seien wir genötigt, für die zwei  
kommenden Quartale je einen Extrabeitrag von sämt-  
lichen Mitgliedern zu erheben.

Ein Eventualantrag auf Gewährung von Ster-  
begeld durch Erhöhung der Beiträge wurde nach  
längerer Debatte gegen 18 Stimmen angenommen.  
Die Höhe dieser Sterbenerstattung wurde für alle  
Abteilungen wie folgt festgesetzt: 1. Klasse 60 Mk.,  
2. Klasse 70 Mk., 3. Klasse 80 Mk., 4. Klasse 90  
Mk. Jedoch soll dieser volle Betrag erst nach  
Ablauf von 5 Jahren bezahlt werden. Das erste bzw.  
Stavenzjahr, soll mit dem 1. Januar 1905 beginnen  
und nach Ablauf desselben die Auszahlung einer  
Sterbenerstattung, von in der 1. Klasse 40 Mk.,  
2. Klasse 50 Mk., 3. Klasse 60 Mk. und 4. Klasse  
70 Mk. Dieser Betrag soll bis zu 5 Jahren jedes  
Jahr um 5 Mk. steigen bis zur vollen Höhe. Dem-  
gemäß wurden nun die Beiträge ab 1. Januar 1905  
erhöht wie folgt.

1. und 2. Abt.	3. Abt.	4. Abt.	5. neue Abt.
1. Kl. 16 Pfg.	13 Pfg.	15 Pfg.	20 Pfg.
2. Kl. 24 Pfg.	19 Pfg.	22 Pfg.	31 Pfg.
3. Kl. 33 Pfg.	27 Pfg.	30 Pfg.	48 Pfg.
4. Kl. 50 Pfg.	41 Pfg.	46 Pfg.	65 Pfg.

Nach Erledigung dieser wichtigsten Anträge war  
dennoch verschiedene kleinere Anträge angenommen  
doch ich möchte hier nicht näher darauf eingehen,  
denn sie werden den Mitgliedern schon nach Abän-  
derung des Statuts bekannt werden.

Die Generalversammlung, die sehr emsig tätig  
gewesen, wurde Montag nachmittag gegen 2 Uhr ge-  
schlossen. Im großen und ganzen hat dieselbe wei-  
tere erfreuliche Fortschritte in der Verwirklichung  
der Kasse zum Wohle der Mitglieder gefördert. Da-  
rum Kollegen, agitiert recht eifrig für die Ausbrei-  
tung unserer Kasse, damit unsere Zahlstellen sich in  
kurzer Zeit verdoppeln und sie werden schon existenz-  
fähiger werden wie bisher. Wir werden dann auch  
günstigere Abschlüsse zu verzeichnen haben.

An die Vorstände besonders möchte ich die Wei-  
sung erteilen: seid in der Führung der Kassenge-  
schäfte pünktlich und genau, damit keine Beschwer-  
den gegen die Zahlstellen des Metallarbeiter-Verbandes  
erhoben werden können, denn es ist für die  
nächste Zeit eine gründliche Revision der Verwal-  
tungs- und Zahlstellen vorgesehen. Erfüllt darum  
eure Pflichten. Sorget auch besonders für eine gute  
Krankenkontrolle, damit nicht das Simulantentum  
sich in unsere Kasse einschleichen kann. Aber auch an  
die Mitglieder möchte ich die Bitte richten: Unter-  
stützet eure Vorstände durch Pünktlichkeit, besonders  
im Bezahlen der Beiträge und im Erscheinen in den  
Versammlungen und ihr werdet schon geschätzt sein  
gegen Strafgebühren, die ja viel beklagt werden,  
aber ohne die eine geregelte Kassensführung nicht  
gut zu denken ist.

Zum Schlusse möchte ich noch auf Nr. 16 un-  
seres Verbandsorgans hinweisen, wo da vorgeschla-  
gen ist, zur Bestreitung der Unkosten für den Delegier-  
ten pro Kopf 10 Pfg. zu erheben und den Ueberschuß  
dem Reservefonds des Verbandes zuzuführen. Da  
möchte ich die Zahlstellen ersuchen, dieses Geld, der  
Porto-Ersparnis halber, der Quartalsabrechnung des  
Verbandes beizufügen, dann kann von da aus die  
Sache geregelt werden.

Der Delegierte der Zahlstellen des Metallarb.-Verb.,  
Joh. Kehlenbach.

### Aus der Maschinenbau- und Kleineisen- Industrie-Berufsgenossenschaft.

Der Vorstand hat vor kurzem den Verwaltungsbericht  
für das Jahr 1903 herausgegeben. Es wird darin  
gellagt, daß der wirtschaftliche Aufschwung in der Eisen-  
und Stahlindustrie, in der Maschinen- und Kleineisen-  
Industrie bis jetzt noch wenig zu spüren sei. Wenn  
sich auch die Beschäftigung in manchen Arbeitsstätten  
gehoben habe, so sei doch die Klage über die gedrückten  
Preise auch heute noch fast allgemein, sodaß ein großer  
Teil der Mitglieder der Berufsgenossenschaft unter der  
Ungunst der Verhältnisse schwer zu leiden habe. Die  
Anzahl der Betriebe hat sich von 7022 des Jahres  
1902 auf 7057, die Zahl der versicherten Personen  
von 160 966 im Jahre 1902 auf 168 844 erhöht. In  
erheblich größerem Maße sind die Löhne der versicherten  
Personen gestiegen, nämlich von 169 246 635 Mk. im  
Jahre 1902 auf 184 077 694 Mk. Das ergibt auf  
einen erwachsenen Vollarbeiter berechnet, eine Lohnaus-  
gabe von 1277 Mk. jährlich gegen 1253 Mk. im Jahre  
1902. Die Veränderungen in den einzelnen Abteilungen  
ergeben folgendes Bild: In der Abteilung Dortmund  
haben zugenommen die Betriebe um 8, die Personen  
um 910, die Löhne um 1 654 287 Mk.; in der Ab-  
teilung Hagen haben die Betriebe um 4 abgenommen,  
die Personen um 1145, die Löhne um 1 774 193 Mk.  
zugenommen. Die Zunahme der Betriebe, Personen  
und Löhne beträgt für die Abteilungen Altona 4, 547  
und 743 104 Mk., Düsseldorf 3, 1125, 2 608 976 Mk.,  
Remscheid 36, 3594, 6 725 746 Mk., Köln 28, 557,  
1 324 754 Mk. Das ergibt eine Gesamtzunahme von  
75 Betrieben, 7878 Personen und 14 831 059 Mk.  
Löhnen. Neue entschädigungspflichtige Unfälle ereigneten  
sich im Jahre 1903 an Maschinen und maschinellen  
Einrichtungen 584, wovon 14 tödlich verliefen; Unfälle  
anderer Art gab es 972 mit 48 Todesfällen, zusammen  
1556 mit mit 62 Todesfällen. Auf je 1000 Arbeiter  
entfallen 9,22 entschädigungspflichtige Unfälle gegen 9,82  
im Jahre 1902 und 10,02 im Jahre 1901. Die Zahl der  
neuen entschädigungspflichtigen Unfälle hat danach  
gegen die Vorjahre abgenommen. Die Aufwendungen  
der Genossenschaft für Entschädigungen betragen 1 933 276  
Mark gegen 1 799 928 Mk. für 1902. Von diesen  
Entschädigungen wurden gezahlt 1 594 155 Mk. an 9289

Invaliden, 200 337 M. an 243 Witwen, 635 Kinder und 58 Waisenkindern getöteter Arbeiter, einschließlich der Beerdigungskosten, ferner 23 179 M. an 181 Ehefrauen, 468 Kinder und 18 Waisenkindern von in Krankenhäusern untergebrachten Arbeitern und 115 625 M. an Kosten des Heilverfahrens und Kur- und Verpflegungskosten. An Beiträgen waren im Jahre 1903 von den Mitgliedern 2 427 782 M. aufzubringen oder 12,96 M. für je 1000 M. Löhne. Die Steigerung gegen das Jahr 1902 beträgt über 7 v. H. Die seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes, dem 1. Oktober 1885, bis Ende 1903 von den Mitgliedern überhaupt gezahlten Beiträge betragen insgesamt rund 20 Millionen Mark. Von besonderem Interesse ist ferner die aus dem Verwaltungsbericht ersichtliche Tatsache, daß die Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie-Berufsgenossenschaft mit der anrechnungsfähigen Lohnsumme von rund 187 Mill. Mark unter sämtlichen gewerblichen Berufsgenossenschaften des Deutschen Reichs die vierte Stelle einnimmt. An erster Stelle steht die Knappschafts-Berufsgenossenschaft mit 714 Millionen Mark Löhnen, an zweiter Stelle die Lagerer-Berufsgenossenschaft mit 218 Millionen, an dritter Stelle die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft mit 197 Millionen. Die beiden ersten Berufsgenossenschaften erstrecken sich über das ganze Deutsche Reich, die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft über ganz Norddeutschland. An fünfter Stelle folgt hierauf die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft mit 174 Millionen. Die gesamten anrechnungsfähigen Löhne und Gehälter der deutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, einschließlich der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft und der Schmiede-Berufsgenossenschaft, betragen im Jahre 1903 1112 Millionen, im Jahre 1902 dagegen 1054 Millionen M. Die Betriebe sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften des Deutschen Reichs hatten nach den amtlichen Nachrichten des Reichs-Verständigungsamts für 1902 eine Lohnsumme von 5710 Millionen Mark nachgewiesen; die Eisenindustrie umfaßt mithin nahezu den fünften Teil des gesamten versicherungspflichtigen Gewerbebetriebs des Deutschen Reichs. Im übrigen ist aus dem Berichte hervorzuheben, daß die seit längerer Zeit geplante Selbstständigkeit der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Haftpflichtfälle nunmehr herbeigeführt ist und ein Haftpflichtverband der deutschen Eisen- und Stahlindustrie mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet wurde. Der Bericht schließt mit der Aufforderung an die Mitglieder, durch den Beitritt zum Verbands sich auch gegen die zahlreichen Ansprüche zu decken, gegen die die Berufsgenossenschaft nach dem Gesetze nicht versichert.

### Ueber die Lage des Siegerländer Eisengewerbes

wird berichtet:  
 „Die ungünstige Lage des Siegerländer Eisengewerbes hat Aenderung noch nicht erfahren; auch fehlen Anzeichen, die auf Besserung in absehbarer Zeit schließen lassen. Durch die bedeutenden Verschiebungen, die seit einer Reihe von Jahren im deutschen Eisengroßgewerbe stattgefunden haben, ist das Siegerland in eine ungünstige Lage gedrängt worden, wozu zu einem nicht geringen Teile die gegenüber dem Siegerlande bestehenden unglücklichen Frachtverhältnisse beigetragen haben mögen. Während anderen Bezirken die fehlenden Rohstoffe (wie Erze für Ruhr- und Rheingegend) zu den niedrigsten Ausnahmefrachtsätzen zugeführt werden, muß das Siegerland für den ihm fehlenden Rohstoff, nämlich Kohle und Holz, wesentlich höhere Frachten bezahlen, so daß z. B. ein Wagen von 10 Tonnen Eisenstein um etwa 15 M. billiger aus dem Siegerlande nach Dortmund gefahren wird, als eine gleiche Menge Kohlen von Dortmund nach dem Siegerlande. Infolge dieser ungleichen Tarifierung sind Verschiebungen eingetreten, die das Siegerland in empfindlicher Weise treffen. Durch den billigen Erzbezug sind auswärtige Verbraucher, welche Spiegel- und Stahlblei früher in großen Mengen im Siegerlande kauften, in den Stand gesetzt, dieses Roheisen jetzt selbst so billig herzustellen, daß sie auf den Bezug von Siegerländer Hochofen verzichten können; diese sind — bei dem gleichzeitigen Nachlassen des Verbrauchs von Puddelblei — so allmählich dahin gekommen, daß sie ihre Betriebe um ungefähr 50 Proz. einschränken müssen.  
 „Bei dieser starken Abnahme der Erzeugung der Hochofen leiden gleichzeitig auch die Siegerländer Eisenbergwerke, die immer noch mehr als die Hälfte ihrer Förderung im hiesigen Bezirk un-

tergebracht hatten; sie müssen noch fortwährend mit einer Einschränkung der Förderung um mindestens 30 Proz. rechnen.  
 „Diese nun schon länger anhaltenden, unerquicklichen Verhältnisse haben bereits Beunruhigung in die sonst so ruhige Siegerländer Arbeiterchaft gebracht, die bei den vielen Feierschichten mit Bergen dem Winter entgegensieht. Eine Besserung der Siegerländer Verhältnisse kann nur erwartet werden, wenn in den Frachttarifen eine Änderung eintritt, die es ermöglicht, die im Siegerlande vorhandenen Rohstoffe an Ort und Stelle weiter zu verarbeiten. Dazu ist es notwendig, daß die dazu erforderlichen Brennstoffe ebenso billig verarbeitet werden, wie der nach auswärts gehende Eisenstein.“

### Lohn und Arbeitszeit in den verschiedenen Industrieländern.

Das Arbeitsamt in Washington hat eine Statistik herausgegeben, welche den Lohn und die Arbeitszeit der Arbeiter verschiedener Berufe miteinander vergleicht. Darnach beläuft sich das wöchentliche Einkommen in Mark:

	Vereinigt. Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutsches Reich	Belgien
Steinhauer	86,15	42,14	36,60	26,46	19,85
Steinmetzen	94,14	43,65	40,26	31,64	21,70
Grobschmiede	70,25	39,18	40,39	31,15	—
Kesselschmiede	67,49	38,64	37,51	28,20	19,20
Eisengießer	72,70	40,25	33,00	—	17,40
Bliegießer	90,10	41,79	34,02	27,21	19,80
Maschinisten	64,01	37,57	34,44	33,00	—
Mörtelträger	57,58	26,95	26,20	20,82	—
Maurer	110,01	45,09	35,28	31,64	21,70
Zimmerleute	74,61	42,64	39,00	30,41	19,41
Stubenmaler	70,89	38,25	31,80	28,12	18,48
Schriftföher	93,64	37,50	33,00	30,14	21,60
Fabrikarbeiter	39,29	22,57	24,60	18,60	14,90

Die wöchentliche Arbeitszeit in Stunden beläuft sich für:

	Vereinigt. Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutsches Reich	Belgien
Steinhauer	48,67	50,17	60,00	54,00	65,00
Steinmetzen	49,54	50,17	66,00	56,50	62,00
Grobschmiede	56,66	53,67	60,19	59,90	—
Kesselschmiede	56,24	53,67	61,50	60,00	60,00
Eisengießer	56,80	53,67	60,00	—	60,00
Bliegießer	48,97	49,17	54,00	56,68	60,00
Maschinisten	56,12	53,67	61,50	60,00	—
Mörtelträger	47,98	51,83	63,91	59,50	—
Maurer	47,83	51,83	63,00	56,50	62,00
Zimmerleute	49,41	50,17	60,00	55,30	64,73
Stubenmaler	48,89	51,00	60,00	56,25	66,00
Schriftföher	59,81	50,00	60,00	51,08	54,00
Fabrikarbeiter	56,13	52,50	60,00	56,26	63,00

Hier kommt es am markantesten zum Durchbruch, daß sich kürzeste Arbeitszeit und höchste Lohn, und längste Arbeitszeit und niedrigster Lohn gegenüberstehen. Mögen die Arbeiter hieraus lernen.

### „Schutz der nationalen Arbeit“

ist ein bekanntes Schlagwort, welches bei mancher Gelegenheit eine große Rolle spielt. In welcher Weise die „nationale Arbeit geschützt,“ davon geben die nachstehend verzeichneten Eisenpreise sprechenden Beweis. Es betragen für die Tonne in Mark im Monate Sept.:

	Inlandspreis	Exportpreis
Träger	103,0—105	81—85
Winkel- und Flachblei	107,5—112,5	98—105
Draht	140,0—145	115—120
Großbleche	122,5—127,5	105—110
Feinbleche	130,0—137,5	115—122,5
Rundblei	107,5—110	99—105
Plattblei	73,5—92,5	72—75
Rümpel	95,0—97,5	71—74
vorgewalzte Blöcke	91,5—84	71—73
Schienen	117,5—122,5	90—93
Riffelbleche	122,5—127,5	104—107,5

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich eine Veranschaulichung der Waren an das Ausland und diese billigen Rohprodukte, welche dem Auslande geliefert werden, erschweren der heimischen weiterverbreitenden Industrie die Konkurrenz, welches nennt sich „Schutz der nationalen Arbeit.“

### Zur Konzentration des Kapitals.

Der Oekonomist veröffentlicht eine Statistik über das Bankwesen in Deutschland, einbezogen sind alle Banken,

die mindestens 1 Million Aktienkapital aufweisen, danach sind im ganzen: 170 Banken, und zwar 6 Kolonialbanken, 40 Hypothekendarlehen und 124 Kreditbanken. Dieselben besaßen an eigenen Mitteln: Aktienkapital 2869,5 Millionen Mark, Reserven 712,7 Millionen Mark, gleich 24,8 Prozent des Aktienkapitals. Die den Banken anvertrauten fremden Mittel betragen 15 715 9 Millionen Mark und zwar: Kreditoren 3022,2 Millionen Mark, Depositen 2058,4 Millionen Mark, Akzepte 1402,4 Millionen Mark, Banknoten 1742,2 Millionen Mark und Pfandbriefe 7490,7 Millionen Mark. Die Verwendung der in den Banken zusammengeflohenen Kapitalien war folgende: Kassabestände 1335,9 Millionen Mark, Debitoren 4633,3 Millionen Mark, Wechsel 2972,9 Millionen Mark, Effekten 1184,6 Millionen Mark, Lombards 1027,2 Millionen Mark und Hypotheken 8144,0 Millionen Mark.

Die Statistik des „Oekonomist“ reicht bis 1883 zurück. In jenem Jahre gab es in Deutschland erst 112 Banken mit einem Aktienkapital von mehr als einer Million Mark, heute hat Deutschland 170 solcher Banken; aber während das Gesamt-Aktienkapital damals 1249 Millionen Mark betrug, belief es sich Ende 1903 auf 2870 Millionen. Es ist also weit schneller, als die Zahl der Banken. Ebenso haben die Reserven zugenommen; sie betragen 1883 erst 174, 1903 dagegen 712 Millionen Mark. Ferner stieg die Summe der Kreditoren von 769 auf 3022 Millionen Mark, der Depositen von 515 auf 2058, der Akzepte von 375 auf 1402 und der Banknoten und Pfandbriefe von 2759 auf 9233 Millionen Mark.

### Der Vorstand des christlichen Bergarbeiterverbandes

erläßt folgende Bekanntmachung:  
 Die Vorstandssitzung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands vom 30. Oktober bis 3. J. hatte sich mit Differenzen innerhalb des Verbandes zu befassen. Die ausgedehnte Aussprache hierüber ergab das Resultat, daß der Vorstand es für notwendig hielt, die Generalversammlung vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die Taktik in der bisherigen Leitung des Gewerbevereins billige oder nicht, und eventuell einen neuen Vorstand wählen wolle. Daraufhin legte der Vorsitzende Brust sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Bis zur nächsten Generalversammlung führt der zweite Vorsitzende des Gewerbevereins, Karl Kühme, Hamme (Bodrum IV), den Vorsitz.  
 Altenessen, den 30. Oktober 1904.

Der Zentral-Vorstand des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. J. U.: Karl Kühme.

Dieses Vorkommnis berührt ja zunächst eine interne Angelegenheit des Bergarbeiterverbandes. Warum aber der Zentralvorstand sich mit Gewalt selbst strangulieren will, und von der Generalversammlung eine veto verlangt, über die Führung des Verbandes, ist uns unklar. Wir meinen, jede Generalversammlung entscheide darüber, und wenn ein Vorstandsmitglied gewählt wird, so ist von selbst ein Vertrauensvotum gegeben. Wir haben gewiß manchen harten Strauß mit Brust ausgefochten, können aber trotzdem die Art, wie man demselben jetzt gewissermaßen den Stuhl vor die Tür setzt, nicht billigen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte im Laufe der Jahre Gelegenheit genug, um auf Brust einzuwirken, wenn es ihm ernstlich darum zu tun war. Der „große Ton“ datiert doch nicht von gestern.

Es scheint aber, als wenn dort erst der Witz dazu gekommen sei, nachdem von einflussreicher Seite gewissermaßen der Stab gebrochen wurde und solches müssen wir voll und ganz betreiben. Wenn Gewerkschaftsführer erst vom Rohmaterial anderer Preise abhängig sein sollen, dann: Ad, Gewerkschaftsbewegung.

Bei allen Schattenseiten, die man Brust nachsagen mag, darf nicht vergessen werden, daß er es in der Bergarbeiterbewegung mit den unfairsten Gegnern zu tun hatte und er oft gezwungen wurde, einen Ton anzuschlagen, den andere zu führen nicht nötig hatten. Außerdem häuften sich auf ihn die Schmähungen der Gegner wie auf keinen andern, weil er an erster Stelle stand. Und solches Jahrzehnte hindurch zu ertragen, müssen selbst eiserne Nerven zugrunde gehen. Alles in allem genommen, können wir dieses Vorkommnis im Bergarbeiterverband nur bedauern und hätten gewünscht, daß sich eine bessere Lösung gefunden hätte.

Zu dieser Sache erläßt Kollege Brust folgende Gegenerklärung:

Die vom Vorstand des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter veröffentlichte Erklärung über seine Sitzung vom 30. Oktober und die Niederlegung meines Amtes als Vorsitzender des Gewerkevereins nötigt mich zu einer Gegenerklärung, weil

1. auf Grund dieser Vorgänge von einzelnen Sozialdemokraten das abenteuerliche Märchen wieder aufgestellt wird, ich wäre für 30 000 Mark von den Grubenbesitzern gekauft; jetzt lasse ich die Dramatiker im Stich, und

2. die Erklärung des Vorstandes ein unrichtiges Bild über die Vorgänge liefert.

Das Märchen von der Bestechung meiner Wenigkeit mit 30 000 Mark bleibt eben ein Märchen; die 30 000 Mark werde ich nicht erhalten und won im Stich lassen der Kameraden durch mich wird niemals die Rede sein können, wenn ich auch mein Amt als Vorsitzender des christlichen Gewerkevereins niederlegte. Diese Erklärung wird den christlichen Kameraden genügen.

Bezüglich der Vorgänge in der Vorstandssitzung vom 30. Oktober stelle ich fest:

1. Ein persönlicher Gegner hatte schon in einer Konferenz von Ausschlußmitgliedern des Gewerkevereins in Erle-Middelsch versucht, die Konferenz zu bewegen, an den Vorstand den Antrag zu stellen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um mich als Vorsitzender zu stürzen, wegen der Taktik bei der Knappschaffts-Wahl. Als dem Ausschlußmitglied D. dieser Plan in Erle nicht gelang, ging es am 23. Oktober zur Konferenz nach Wattencheid. Allda fand der Antrag auf eine außerordentliche Generalversammlung auch nicht genügende Unterstützung, sondern wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution gefaßt, dahingehend, der Vorstand möge Wandel schaffen bezüglich der bisherigen Taktik im Vereinsorgan, dem „Bergknappen“. Mit dieser Resolution begnügte sich Herr D. aber nicht, sondern er setzte einen schriftlichen Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung bei Ausschlußmitgliedern zur Unterschrift in Zirkulation. Was daraus geworden ist, war in der Sitzung vom 30. Oktober nicht bekannt, und ist mir darüber auch jetzt nichts bekannt.

2. In der Vorstandssitzung vom 9. Oktober habe ich bezüglich der aufgetauchten Differenzen über die bisher im Vereinsorgan, dem „Bergknappen“, befolgte Taktik schon erklärt, daß ich auf Beschluß des Vorstandes fortan jeder Mitarbeit am „Bergknappen“ usw. mich enthalten wolle; für das Organ sei ja auch schließlich ein Redaktionsvorhanden. Diese Erklärung habe ich in der Sitzung vom 30. Oktober wiederholt. Durch Annahme derselben und Beschluß in deren Sinne wären die Meinungsverschiedenheiten über die in Zukunft in Publikationen des Gewerkevereins und dem „Bergknappen“ zu beobachtende Taktik meines Erachtens gegenstandslos geworden. Man konnte dann ja die nächste Generalversammlung weiter entscheiden lassen.

3. Trotz meiner Erklärung wurde auf Antrag eines Vorstandesmitgliedes mit 9 von 16 Stimmen beschloffen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und als deren Tagesordnung zu bestimmen: 1. Taktik des Gewerkevereins; 2. Neuwahl des Vorstandes. Auf meine Bemerkung, ehrlich zu sein und zuzugeben, daß es sich lediglich um einen Sturz des Vorsitzenden handele, wurde von einem hervorragenden Ehrenratsmitgliede zugegeben: „Sowohl, es handelt sich um den Sturz von Brust!“ Bemerkte sei, daß die beiden ältesten Ehrenratsmitglieder, die dem Gewerkeverein seit dessen Gründung angehört haben, zur Vorstandssitzung nicht geladen waren.

4. Eine außerordentliche Generalversammlung kostet dem Gewerkeverein an die 2-3000 Mark. Um diesen Preis, von den Kameraden im Schweiße des Angesichts zusammengeschafft, wollte ich doch auch keine Kraftprobe mit meinen Widersachern im Gewerkeverein ankommen lassen, und weil ich meine eigene Schöpfung nicht durch einen Dampf nur um meine Wenigkeit erschüttert und geschädigt sehen wollte, habe ich mein Amt als Vorsitzender des Gewerkevereins niedergelegt. Die nächste ordentliche Generalversammlung mag weiter entscheiden.

Meine Freunde im Gewerkeverein bitte ich nun, von jeder Gegenüberung Abstand zu nehmen und ruhig bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung sich gedulden zu wollen. Alle Freunde, wie auch die Widersacher im Gewerkeverein bitte ich aber dringend, bei allem, was vorzukommen mag, mit

nir die gute Sache des Gewerkevereins über Personen, auch über unsere eigene Person zu stellen. Namentlich bitte ich aber meine Freunde, treu zur Fahne des christlichen Gewerkevereins zu halten, die nach wie vor auch die meinige bleiben wird.

Mitneffen, den 3. November 1904.

Aug. Brust.

### Ein Denkmal für einen Gewerkschaftsführer.

Die deutschen Buchdrucker beabsichtigen dem Gründer und langjährigen Leiter des Buchdruckerverbandes, des im vorigen Jahre verstorbenen Rich. Härtel ein Grabdenkmal zu setzen. In einem Auftrufe an die Buchdrucker heißt es:

„Kollegen! Hunderte von Denkmälern zur Verherrlichung von Kriegstaten und Schlachten haben wir in Deutschland, aber wenn je das Wort Johann Jacobus: „Die Gründung auch des kleinste Arbeitervereins ist für den künftigen Kulturhistoriker von größerer Bedeutung als die Schlacht von Sedona“, als berechtigt anerkannt werden muß, dann war eine solche Tat die Gründung einer Organisation und ihrem Gründer und langjährigen Leiter ein würdiges Grabdenkmal zu setzen ist nicht allein eine Ehrenpflicht, sondern auch eine Pflicht der Dankbarkeit. Erfüllt aber dieses Grabdenkmal den weiteren Zweck, eine Mahnung zu sein an die Kollegen, einig und treu zusammenzustehen in den Fährnissen des Lebens, dann wird es auch dem bescheidenen Sinne des Verstorbenen entsprechen, der bis an sein Lebensende war: ein Sohn des arbeitenden Volkes, ein uneigennütziger Agitator und Organisator desselben!“

Damit treten wir also in die Aera der Denkmäler für Arbeiterführer. Wie sich doch die Zeiten ändern; ein Beweis, welche achtunggebietende Stellung die Arbeit sich errungen hat und daß auch die Arbeiter begreifen lernen, ihre Männer zu ehren, zum Ansporn und Wettstreit für die Zukunft. Und wenn es erreicht wird, wie es im Auftrufe heißt: „Als Mahnung treu zusammen zu stehen in den Fährnissen des Lebens“, dann hat auch dieses Denkmal seinen Zweck erfüllt

### Der östliche Agitationsbezirk Sitz Berlin

hielt am 6. November eine Delegiertenkonferenz in Magdeburg ab. Vertreten waren: Magd.-burg Berlin, Hannover, Hildesheim, Peine, Osnabrück, Dresden, Mühlhausen in Thüringen, Bielefeld, außerdem war der Verbandsvorsitzende Wieber anwesend.

Kollege Herzog-Berlin erstattete den Bericht über seine Tätigkeit, woraus hervorgeht, daß im Laufe dieses Jahres 5 neue Ortsgruppen hinzugekommen, welche aber noch eine geringe Mitgliederzahl aufweisen. Gestiegen ist dieselbe von 506 auf 752 Mitglieder. Kollege Herzog tadelt, daß an manchen Orten seitens der Vorstände zu wenig Rührigkeit entwickelt worden sei. Wiederholte Anfragen oder Anregungen, welche er gegeben, seien oft unbeantwortet geblieben. Dagegen seien überall, wo die Vorstände rührig gewesen, auch Fortschritte zu verzeichnen.

Die Einnahmen der Bezirksklasse betragen 390 Mark, die Ausgaben 356 Mk. 80 Pfg. Es blieb ein Kassenbestand von 33 Mk. 20 Pfg. Redner führt insbesondere die Schwierigkeiten ins Feld, welche im Osten der Ausbreitung des Verbandes im Wege stehen.

Einerseits sind es der Indifferentismus der Massen, andererseits die polnische Bewegung und die sogenannte Berliner Fachabteilungsrichtung. In Posen und Breslau sind Anknüpfungspunkte gefunden, welche hoffentlich den gewünschten Erfolg haben werden. Ferner regte Redner an, für die polnischen Bezirke ein eigenes Flugblatt herauszugeben, welches mehr den dortigen Verhältnissen angepaßt sei. Insgesamt sind an 18 Tagen die Ortsgruppen besucht worden, welches aber bei den weiten Entfernungen der einzelnen Gruppen naturgemäß größere Kosten verursache. Mehr Mittel und Kräfte müßten zur Verfügung gestellt werden, dann würden trotz alledem Erfolge zu verzeichnen sein. Zum Schluß fordert Redner die einzelnen Bezirke und Gruppen auf, den Generalversammlungsbeschlüssen durchzuführen

und eine Einheitsmarke von 35 Pfg., welche die meisten anderen Ortsgruppen schon haben, ebenfalls zur Einführung zu bringen. Der östliche Bezirk dürfe bezüglich der Opferfreudigkeit hinter den anderen nicht zurückbleiben.

In der Diskussion, welche sehr reger war, wurde von den einzelnen Delegierten Bericht über die speziellen Verhältnisse der einzelnen Orte erstattet. Allseitig mußte über schlechte Wohnlage der Arbeiter geklagt werden. So wurde von dem Delegierten von Dresden eine Reihe Wohnzettel von Schurzen und Schloßern vorgelegt, wo dieselben mit Löhnen von 11, 13, 16, 17, 18 und 20 Mk. pro Woche nach Hause gingen. Trotzdem Sachsen eine sozialdemokratische Hochburg sei, geschehe fast wenig oder nichts, um bessere Verhältnisse zu erzielen. Der deutsche Metallarbeiterverband habe in Dresden tausende von Mitglieder, sehe und höre aber wenig davon, daß dieselben Wohnbewegungen inszenierten. Auch von Berlin wurde berichtet, daß gerade in den Betrieben, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhältnismäßig die besten sind, man nie zur Ruhe komme. Bewegungen auf Bewegungen folgten, jedoch die meisten Arbeiter oft überdrüssig würden; dagegen in manchen Betrieben sei es außerordentlich schlecht, doch sei dort nie etwas von Lohnbewegungen zu hören, jedoch angenommen werden dürfe, daß es sich in den meisten Fällen nicht um das Arbeiterinteresse, sondern um sozialdemokratische Machtprosen handle. Es sei sehr bedauerlich, daß sich die Arbeiter nach dieser Richtung hin mißbrauchen ließen.

Der Vertreter von Mühlhausen wünscht die östlichen Gruppen mehr im Organ zu berücksichtigen und ersucht den Verbandsvorsitzenden, die eingesandten Berichte einzurücken zu lassen.

Der Verbandsvorsitzende Wieber geht auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden näher ein, und erklärt, daß, soweit es möglich, er von jeder gerade die isoliert liegenden Gruppen berücksichtige, trotzdem von vielen Ortsgruppen schon oft gewünscht werde, die Versammlungsberichte noch mehr zu beschneiden als es seither geschehen. Andererseits frage es sich, ob es immer klug sei, bei Gründung von Ortsgruppen, namentlich an Orten, wo die Sozialdemokraten die drückende Mehrheit haben, sofort in der Öffentlichkeit Lam-Lam zu schlagen. Es liege hier die Gefahr nahe, daß solche junge Gruppen sofort vom Gegner erdrückt würden, deshalb sei es auch manchmal besser, erst die Gruppe etwas erstarren zu lassen. Des ferneren gibt Redner noch in längerer Ausführung Rat und Winke, wie die Agitation zu betreiben und die Geschäfte der Ortsgruppen zu führen sind.

Zum Schluß wurde ein Antrag, den 35 Pfg.-Wochenbeitrag einzuführen, einstimmig angenommen. Derselbe soll mit Januar in Kraft treten. Mit dem Appell, in Zukunft besonders in den Wintermonaten die Agitation eifrig zu betreiben, neue Verbindungen zu suchen zur Gründung von Ortsgruppen, wurde die Versammlung geschlossen.

Jetzt, frisch auf, Kollegen des östlichen Bezirkes an die Arbeit an die Ausbreitung des Verbandes in eurem eigenen Interesse.

### Die Differenzen in der Maschinenfabrik Maffei in München

sind erfreulicherweise in einer am Montag abend im Lokal „zu den sieben Schwaben“ stattgefundenen Werkstattversammlung zu einem wenigstens vorläufig friedlichen Abschluß gelangt. Erneute Verhandlungen am Montag morgen mit Herrn Dr. Brenner, der sich überhaupt um den guten Ausgang dieser Angelegenheit die größten Verdienste erworben hat, und nachmittags mit der Direktion der Firma selbst, hatten noch einige Zugeständnisse zu Gunsten der Arbeiter gezeitigt. Der Vertreter des Hauptvorstandes vom „freien“ Metallarbeiterverband gab in der Versammlung zunächst einen Bericht über die Verhandlungen, die am Montag gepflogen wurden. Materialisch sei ein voller Erfolg der Arbeiter zu verzeichnen, wenn auch der finanzielle nur ein teilweiser sei. Er warne vor einer Niederlegung der Arbeit, die noch weitere Folgen nach sich ziehen müßte und richtete am Schluß die Mahnung an die Arbeiter, sich mit dem jetzt Erreichten vorläufig zu begnügen, da im nächsten Jahr doch ein neuer Kampf in der hiesigen Metallindustrie bevorstehe. Der Vertreter des „freien“ Hilfsarbeiter-Verbandes

schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters an. In einer langen, erregten Debatte erklärten sich mehrere Arbeiter mit dem Erreichten nicht zufrieden, da aber vieles auf dem Spiele stünde, würden sie nicht für den Streik stimmen, sondern sich der Abstimmung enthalten. Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung sprach der Vertreter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Gewerkschaftssekretär Bergmann. Er behauptete, daß auch in dieser Streitfrage die Arbeiter ihrer Auffassung nach ganz gewiß im vollen Rechte seien. Aber das Recht siege leider nicht in allen Fällen, gar zu oft müsse das Recht unterliegen; dies zeigten die schweren Niederlagen in der Arbeiterbewegung. Wenn von seiten der Berichterstatter gesagt worden sei, daß Fehler gemacht worden seien, so wären diese Fehler weniger von den Arbeitern, als von den örtlichen Führern des „freien“ Metallarbeiterverbandes begangen worden, die am Freitag einen Beschluß zur Arbeitseinstellung für Montag früh herbeigeführt, heute aber und am Samstag abend für eine Pinauschiebung des Streiks plädiert hätten. Da sei die Unzufriedenheit mancher Arbeitskollegen begreiflich. Ferner sei zu Unrecht die christliche Organisation seitens der „Freien“ sowohl bei der Zulassung des Kampfes als auch bei den Verhandlungen ausgegallert worden. Auch der Minorität gegenüber sei dies verwerflich. Die Einigkeit der Arbeiter sei ausschlaggebend für den Erfolg aller Kämpfe; da müssen die nun einmal vorhandenen verschiedenen Richtungen zusammengehen. Die christlichen Gewerkschaften seien im Interesse der Arbeiterschaft hierzu jederzeit bereit, vorausgesetzt, daß sie als gleichberechtigt anerkannt würden. Es lasse tief blicken, daß der Hauptvertreter des „freien“ Verbandes es eine „Verratschung“ genannt habe, daß der christliche Gewerkschaftssekretär zu den Verhandlungen bei Dr. Bremer erschienen sei. Er richtete zum Schluß an die Versammlung die erste Mahnung, bei der wichtigen Frage, die jetzt zu entscheiden sei, genau zu prüfen, ob die jetzige Situation für einen vielleicht langwierigen und folgenschweren Kampf die richtige sei. Die Versammlung beschloß dann, sich mit dem Erreichten vorläufig zufrieden zu geben und von einer Arbeitsniederlegung abzusehen. Von verschiedenen Seiten wurde noch unter allseitigem Beifall der Versammlung gewünscht und auch zugesagt, daß die Lohnkommission mit der Firma auch noch darüber verhandeln solle, daß auch den Hilfs- und Tagearbeitern als den niedrigst Entlohnerten eine kleine Lohnaufbesserung zuteil würde, was die Firma auch jedenfalls noch bewilligen könne.

**Eine wichtige Rundgebung des Kardinals Erzbischofs von Köln für die interkonfessionellen christl. Gewerkschaften.**

Am Sonntag den 13. November fand in Köln eine große Arbeitervereinsversammlung statt, in welcher der Herr Kardinal Fischer auch der christlichen Gewerkschaften gedachte. Wörtlich hat der Herr Kardinal nach der Kölner Volkszeitung ausgeführt: „Es sind neben die christlichen Gewerkschaften genannt worden. Ich benutze gern die Gelegenheit, hier zu erklären, daß der preussische Episkopat den christl. Gewerkschaften wohlwollend gegenübersteht. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Ich darf dieses namentlich mit aller Entschiedenheit von mir sagen. Ich freue mich, daß die christlichen Gewerkschaften hier in der Erzdiözese immer mehr sich ausbreiten und gedeihen. Ich wünsche auch von ihnen, wie von den Arbeitervereinen, daß sie noch mehr sich ausdehnen und gedeihen. Viel mehr Mitglieder müssen sie zählen, damit sie den großen Aufgaben gewachsen sind.“ (Lebhafter Beifall bezeichnet den Bericht.)  
Wir sind sehr erfreut über diese Rundgebung; hoffentlich dient dieselbe dazu, die sogenannte Berliner Fachabteilungsrichtung, welche sich immer als die vom Episkopat Probenegierthe hinstellte, zurückzudrängen. Unheil hat die Berliner Richtung im Osten und an der Saar schon genug angerichtet, indem dieselbe die christlichen Arbeiter in gewerkschaftlichen Dingen entzweit hat.  
Unsere Kollegen im Osten und Mitteldeutschland möchten wir erjuchen, überall in den katholischen Arbeitervereinen diese Rundgebung zu verbreiten; namentlich gegenüber den Berliner Fachabteilungsagitatoren. Gut werden die Kollegen tun, in der Agitation diese Rundgebung stets bei sich zu führen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Er-

kenntnis sich überall Bahn bricht, daß in den Gewerkschaften die christlichen Arbeiter beider Konfessionen zusammengehören.

**Eine Berliner Zeitung**

will heute jeder halten, der sich nicht nur aus seinem Lokalblatt unterrichten, sondern direkte Nachricht aus der Reichshauptstadt zu beziehen wünscht. Aber für den christlichen Arbeiter war es bisher schwer, ein Berliner Blatt zu beziehen. Die guten Berliner Blätter sind ausnahmslos recht teuer. Die billigen aber, wie „Morgenzeitung“, „Abendpost“ und dergleichen — daß Gott erbarm! Man würde ja seinen ärgsten Feind unterstützen, wollte man solche Blätter halten, und ehe man's bemerkt, hat man mit den lästigeren Erzählungen mehrerer dieser billigen Berliner Blätter Gift ins Haus getragen, das der Kinder unschuldigen Sinn verdirbt. Da wird es jetzt in der christlichen Arbeiterschaft allgemein mit großer Freude begrüßt, daß „Das Reich“ erscheint, das mit täglich acht Seiten ein wirkliches, reichshauptstädtisches Organ ist und dabei nur 75 Pfg. im Monat bei allen Postanstalten kostet, wozu für freie Zustellung ins Haus noch 14 Pfg. treten.  
Besonders zu begrüßen ist es, daß damit den Mitgliedern evangelischer Arbeitervereine und dem evangelischen Teil der christlichen Gewerkschaftler, für die dies Blatt bestimmt ist, ein Tageblatt geschaffen worden ist, das mit aller Entschiedenheit für die evangelischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften eintritt. Es giebt wenige Tageszeitungen in Deutschland, die so umfassend und genau über die Arbeiterbewegung berichten, wie „Das Reich.“ Wer evangelische Kameraden für die christlichen Gewerkschaften gewinnen will, wer evangelische Gewerkschaftler immer mehr zu fertigen Anhängern der christlichen Gewerkschaftsbewegung machen will, empfehle ihnen „Das Reich.“ Ein Probebezug auf einen Monat bei der Post kostet noch nicht eine Mark; es wird keinen gereuen, „Das Reich“ kennen gelernt zu haben.

Speyer. Ueber einen Fall von Denunziation eines christlichen Arbeiters durch seine freien Kollegen wurde bereits berichtet. Der Arbeiter wurde entlassen mit dem Bemerkten, sein Recht vor Gericht zu suchen; falls die Denunziation falsch sei würde derselbe wieder eingestellt. Die Sache ist jetzt zum Austrag gekommen. Vor dem Schöffengericht Speyer wurde die Denunzianten mit 3 Mark b. straft und die Kosten. Gegen dieses Urteil legten dieselben Berufung ein. Auch das Landgericht verurteilte dieselben nebst Tragung der Kosten. Unser Kollege hat seine frühere Arbeitsstelle wieder aufnehmen können; hoffentlich wird dadurch den Denunzianten in der Zukunft ihr Handwerk verleidet.

**Aus den Vereinen.**  
Wettmann.

In Nr. 42 der deutschen Metallarbeiterzeitung scheint der Berichterstatter von Wettmann die Sommerhüte noch nicht überstanden haben resp. scheint ihm dieselbe ins Gehirn gestiegen zu sein, und mit Leuten solchen Schlages muß man Nachsicht haben, besonders wenn dieselben so zum Pech verfolgt werden.  
Zunächst versucht man bei einer gemeinsamen Aktion mit den Christlichen, denselben Mitglieder abzutreiben. (16. 1. 04), als dieses fehlgeschlug und die Christlichen von solchen lieben Verbündeten sich abwendeten, sind natürlich die Christlichen die Zerstückelver, oder waren sie es vielleicht, Herr Berichterstatter?? und wie verträgt sich ihr damaliges Verhalten mit dem jetzigen Prüften von Gesinnung und Mitleidigkeit?? Betreffs der Flugblätter und öffentliche Versammlung weisen wir nur auf das zwischen den 18. 6. und 23. 6. d. J. erschienene Flugblatt und die auf letzten Datum einberufene öffentliche Versammlung hin, welche wegen Mangel an Teilnehmern nicht stattfinden konnte. Daß Flugblätter und Versammlung von der hiesigen Verwaltungsstelle ausgingen ist nirgends behauptet worden. Also kann die von ihnen hierauf folgende hienbenswürdige Titulation, wie: Eugenpeter, dem Einfluß der Sommerhüte zugeschrieben werden, oder treiben sie Übungen a la Dresden?? In beiden Fällen bedauern wir, nicht auf solche Umgangsspr-

men eingehen zu können und überlassen es ihnen, diese Ausdrücke nur im eigenen Lager zu gebrauchen, wo sie wohl dringend nötig sind.  
Doch weiter, wie heißen die christl. organisierten Schweißwedeler bei der Firma Burtberg und wer wettkämpft um die Gunst des Meisters? Ebenso hätten sie, um der Wahrheit (welche sie allein doch nur vertreten, die Ehre zu geben, betreffs der Arbeitsverhältnisse angeben müssen, wie dieselben entstanden sind und welche Verschlechterung, parson, nach ihrer Ansicht ist es ja Verbesserung durch das Vorgehen ihrerseits durchgeführt wurde. Hoffentlich halten sie das noch nach. Ob die Christlichen dort etwas erreicht haben, wissen die betreffenden Arbeiter am besten selbst; z. B. die Erhöhung der Arbeitslöhne bei Nachschicht für die Arbeiter. Daß ihr Diebeswerben dort keinen Erfolg hatt, beweist ja zur Genüge, wie hoch ihr Einschreiten von den Arbeitern selbst eingeschätzt wird. Uebrigens, wenn es ihnen Ernst ist mit ihrem, bei Erzeugung besserer Arbeitsverhältnisse „an der Fete“ marschieren, so haben sie ja in ihrer Domäne, Firma Burtberg, überreichlich Gelegenheit dazu, also bitte, zeigen sie einmal dort ihre Leistungsfähigkeit und lassen dort solche Arbeitsverhältnisse wie bei Burtberg, dann wird es auch dort möglich sein, noch weiteres zu verbessern. Also sehen sie gefälligst erst einmal nach dem Balken im eigenen Auge und dann nach dem Splitter in dem des Nachbarn.  
Hoffentlich genügt dieses vorläufig; auf Wunsch kann noch mit mehr Gedankt werden. Material wird uns ja in Fülle geboten.  
Einer von den „Brüder in Christo.“  
Kaiserslautern. Am Sonntag den 9. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, fand im Saalbau eine öffentliche Versammlung von Seiten der christl. Gewerkschaften, statt, wozu die Kollegen sämtlicher Berufe eingeladen waren. Nach kurzer Begrüßung des Einberufers, Strübenberger, hielt H. Gable, welcher einige Tage in Urlaub hier weilte, das Referat.  
Das Thema lautete: „Die kulturelle Bedeutung der christl. Gewerkschaften.“ Referent versuchte es, die weit über 200 Personen besuchte Versammlung durch seine 1 1/2stündige Rede zu fesseln, jedoch am Schluß seiner Ausführungen selbst die anwesenden „Freien“, oder, wie ein Diskussionsredner sich auszudrücken beliebte, „acht modernen“ Gewerkschaftlern und Hirsch-Dumcker ihren Beifall zollten.  
Die Diskussion verlief etwas lebhaft, die Freien und Hirsch-Dumcker hielten sich gegenseitig ihr Sündenregister vor. Freund Giesler, Mitglied des Bayr. Eisenbahnverbandes empfiehlt den Beitritt zur christl. Gewerkschaft; obgleich die jüngste der drei Organisationen, sei diese doch energisch im Aufsteigen begriffen; auch wurde von Giesler eine Resolution eingebracht, welche besagt, daß es Pflicht eines jeden christl. Arbeiters sei, sich dem christl. Gewerkschaften anzuschließen. Die Resolution wurde von der Versammlung angenommen, mit Ausnahme von den acht anwesenden Hirsch-Dumcker.  
Herr Stemmler, Mitglied des evangelischen Arbeitervereins, verbreitete sich über englische Verhältnisse, wobei er sich als guter Kenner von Land und Leute erwies. Weiter sprachen noch H. Steiner, indem er aufforderte, unsere christl. Zahlstellen beizutreten.  
Kollege Gable hielt seine Schlussrede, mit der Aufforderung, alle organisierte Arbeiter möchten in Zukunft die anders organisierten in Ruhe lassen und sich nicht gegenseitig bekämpfen. Der Erfolg der Versammlung war ein schöner, nicht nur der christl. Metallarbeiter- und Bauhandwerkerverband erhielten einen Zuwachs von Mitgliedern, sondern es konnte auch eine Zahlstelle der christl. Holzarbeiter gegründet werden. Die Gründung der Holzgewerkschaften wird folgen.  
Nun, ihr indifferenten christl. Arbeiter von Kaiserslautern, habt ihre in letzter Zeit Augen und Ohren gehabt? Habt ihr wahrgenommen, wie in letzter Zeit eine Zahlstelle der christl. Bauhandwerker gegründet wurde? Habt ihr die große Rundgebung im Saalbau gesehen oder in den hiesigen politischen Tagesblättern gelesen? Dieses hat nur die unverbrossene und zielbewußte Arbeit, ein paar christl. Gewerkschaftler zustande gebracht, welche mitunter auch große Pflichten ihrer Familien zu tragen haben.  
Also, weg mit den faulen und einfältigen Ausreden, hier bringen wir doch nichts fertig; ihr habt jetzt Beweise, daß doch etwas zu machen ist. Aber auch den bisherigen Mitgliedern soll diese Rund-

gebung aufmuntern, sie sollen nicht nur als Gewerkschaftler ihre Beiträge zahlen und das übrige dem Vorsitzenden überlassen; sie müssen die Versammlungen fleißig besuchen, damit sie auch in der Kleinarbeit geschult werden, denn hier in Kleinarbeit braucht man Männer und keine Hasenfüße, wenn etwas erreicht werden soll. „Gott segne die christliche Arbeit.“

**Nachen II.** Am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 6 Uhr fand in der Restauration Farber eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag. 2. Regulierung der Beiträge. 3. Gründung einer Zahlstelle der Düsseldorf-Krankengeld-Zuschußkasse. Koll. Berners führte uns in 1/2 stündigen, gediegenden Ausführungen die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften vor Augen und wies hierdurch nach, daß es eine Notwendigkeit war, christlichen Gewerkschaften zu gründen. Redner fand am Schlusse seines Referates wohlverdienten Beifall. Sodann sprach Koll. Schmitz über die Bedeutung eines Beitrages von 35 Pfg., welche damit endete, daß sämtliche Anwesende mit Beglückwünschung folgender Resolution zustimmten: „Die am 23. Oktober 1904 tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Nachen II des Christl.-soz. Metallarbeiterverbandes erklärt sich einverstanden, vom 1. November d. Js. ab die von der III. Generalversammlung vorgeschlagene Einheitsmarke von 35 Pfg. einzuführen. Sie erwartet, daß alle Ortsgruppen des Verbandes, besonders aber diejenigen des Bezirkes in allernächster Zeit diesem Beispiele folgen“. Des Ferneren machte der erste Vorsitzende bekannt, daß vorläufig von der Gründung einer Zahlstelle der Düsseldorf-Krankengeld-Zuschußkasse abgesehen werden müsse, da er von Düsseldorf einen ablehnenden Bescheid erhalten habe. Redner forderte jedoch alle Kollegen auf, sich dieser Zuschußkasse anzuschließen, da doch allen Gelegenheiten geboten würde, in unserer Ortsgruppe ihre Beiträge zu entrichten. Hierauf nahm die Versammlung ihr Ende.

**Ahlen.** Am 23. Oktober, nachmittags hielt der Arbeitersekretär, Herr Dreier aus Hamm im Vereinslokale der Ortsgruppe des Christl.-soz. Metallarbeiterverbandes einen vorzüglichen Vortrag über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Redner streifte, nachdem er die Entstehung der Gewerkschaften geschildert, auch die Strich-Dunkersch Gewerkschaft, die zwar auf dem religiösen Gebiete neutral sein wolle, politisch aber im Jahressommer des Jahres 1904 schwimme. Den Christlichen könne daher von einem Anschlusse an dieselbe nur abgeraten werden. Zudem seien dieselben von den Christlichen in der kurzen Zeit des Bestehens weit überflügelt worden, was seinen Grund darin findet, daß die Strich-Dunkersch ihr Wirken fast lediglich auf die Kassen gerichtet hätten. Scharf ging Herr Dreier aber mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften ins Gericht, deren Zweck nicht an letzter Stelle die Erziehung der Mitglieder zu glaubenslosen Menschen, zu Arbeitern sei, deren Führer es sich besonders angelegen sein lassen, ihren Mitgliedern den Glauben und die Achtung vor der religiösen Ueberzeugung der Christlichen zu nehmen. Redner führte einige trasse Beispiele von Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber den Christlichen an und zeigte, in welcher irrvoller, gotteslästerlicher Weise die Leute in ihrem Hass gegen alles Heiligthum vorgehen. Die Beispiele zeugten von solcher unglaublicher Rohheit, daß die Anwesenden ihnen nur ein kräftiges „Pfui“ gegenüber hatten. Sehr bedauerte es der Referent, daß die Christl. Gewerkschaftsbewegung selbst in den Reihen der Christl. Arbeitgeber noch Feinde habe. Er müsse es als eine soziale Rücksichtslosigkeit bezeichnen, denn das Organisationsrecht sei ein Naturrecht, das niemandem verwehrt werden könne, und gerade wie das Kapital sich zusammenschließe, um die Produkte möglichst teuer auf den Markt zu bringen, stände es auch dem Arbeiter zu, seine Ware, d. h. seine Arbeitskraft so teuer, wie möglich zu verkaufen.

Alsdann berichtete Redner die Zwecke der Christl. Gewerkschaften, die nicht allein darin beständen, höhere, ausreichende Löhne zu erzielen, sondern vor allem darin, die Arbeiter über die bestehende soziale Bewegung aufzuklären, sie zu belehren über die Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung usw. und dahin zu streben, daß die Arbeiterzuschüsse in den Betrieben auch durchgeführt würden. Redner richtete einen eifrigen Appell an die Anwesenden, sich dem Christl.-soz. Metallarbeiterverbande anzuschließen. Redner dürfte den Saal verlassen, ohne den Anmeldebüchlein unterzeichneten zu haben. Der kräftige Beifall bewies, daß Redner aus dem Herzen Aller gesprochen hatte und so meldete sich auch eine Anzahl neue Mitglieder zum Verbands an.

**M. Glabbach.** Sonntag, den 2. Oktober fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Herr

Klicher aus Graz hielt zuerst einen schön durchdachten Vortrag über die Entstehung der Gewerkschaften, ausgehend von den ersten Anfängen im Mittelalter, von den Zunft. Redner verbreitete sich besonders über die Kämpfe, die schon damals zwischen Meistern und Gesellen stattgefunden hätten, und wie die Meister schon damals alles anstrebten, um den Gesellenstand nicht in die Höhe kommen zu lassen. Gerade so ist es auch heute noch, nur mit dem Unterschiede, daß die Gesellen viel besser organisiert waren, als die heutigen Lohnarbeiter, wie sie noch viel mehr Opfer gebracht hätten, als man heute von den Arbeitern verlangt. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit regem Interesse und spendeten dem Vortragenden am Schlusse seiner Ausführungen reichen Beifall.

Hierauf gab unser Vorsitzender Koll. Kretz nochmals einen kurzen Bericht über die Generalversammlung in Offenbach und verbreitete ein Bild über den Stand unseres Verbandes, das alle mit Befriedigung erfüllte. Redner verbreitete sich besonders über die Agitation, und betonte, daß wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern immer weiter arbeiten müßten. Hierzu gehöre aber vor allen Dingen, daß wir von den Mitgliedern unterstützt würden, besonders daß die nötigen Mittel aufgebracht würden; die Generalversammlung habe zwar eine Erhöhung der Beiträge für diesmal abgelehnt, aber eine Kleinlution angenommen, daß die Ortsgruppen den Beitrag freiwillig um 5 Pfg. erhöhen sollten und diese für die Agitation verwendet werden sollen. Darum wäre die heutige Versammlung einberufen, um auch in unserem Bezirke und in unserer Ortsgruppe die Mittel zu bekommen, die wir für die Agitation nötig haben. In der nun folgenden Diskussion, welche sich sehr rege gestaltete, führte u. a. Koll. Kretz aus: Die Kollegen, die hier anwesend seien, wären ja alle begeistert für die Sache, aber wenn man als Vertrauensmann die Beiträge einlassiere, so fände man, besonders bei den Frauen nicht immer das Bestmögliche für die Sache. Die anwesenden Kollegen müßten es den andern, die nicht hier seien und besonders ihre Frauen aufklären und für die Sache begeistern um so dem Vertrauensmann das Amt zu erleichtern. Koll. Schöenberg forderte die Kollegen auf, noch mehr wie bisher für den Verband zu agitieren. Wir seien eine der ältesten Ortsgruppen des Verbandes, wir hätten den Verband mitgegründet, aber unser Bezirk sei am weitesten zurückgeblieben. Dieses müsse jetzt anders werden. Die Kollegen müßten es mehr für ihre Pflicht betrachten, für ihren Stand einzutreten und wenn sie ihre Frauen nicht überzeugen könnten, so möchten sie dieselben, wo es angehe, nur mit zur Versammlung bringen, hier würden dieselben wohl begeistert, denn noch nie sei eine solche Begeisterung vorhanden gewesen, als in der letzten Zeit und besonders am heutigen Abend. Redner schloß mit den Worten: „Treten wir alle ein für die kleine Extrasteuer von 5 Pfg., welche uns wieder zugute kommt und zum Besten unseres Verbandes und unseres Standes dient.“

Nachdem sich noch verschiedene Redner geäußert, ließ der Vorsitzende, nachdem er noch verschiedenes klargestellt und die Mitglieder ermahnt hatte, nicht zu erlahmen und immer neue Mitglieder zu werben, besonders in den Fabriken und Werkstätten, über den Antrag abstimmen. Der Antrag, welcher lautet: Die Ortsgruppe M.-Glabbach zahlt vom 1. Oktober ds. Js. 35 Pfg. Wochenbeitrag, wurde dann auch einstimmig angenommen. Kollegen, jetzt gilt es zu zeigen, daß wir organisierte Metallarbeiter sind! Wir hoffen und erwarten von Euch nicht nur, daß keiner dem Verbands untreu wird, sondern daß auch keiner von den Kollegen denkt: Mit den 5 Pfg. hast du genug getan. Trete jeder noch mehr wie bisher für den Verband ein und suche jeder neue Mitglieder zuzuführen, denn nur so erreichen wir das Ziel, das wir uns gestellt haben.

**Südenheid.** In unserer letzten Versammlung wurde beschlossen, die Beiträge um 10 Pfg. zu erhöhen, und tritt dieser Beschluß am 15. November in Kraft. Liebe Kollegen! Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß auch wir hinter den anderen Ortsgruppen nicht zurück bleiben dürfen. Wer Rechte verlangt, muß auch Pflichten ausüben, und wer Unterstutzungen verlangt, muß auch Beiträge zahlen, sonst geht es nicht. Wir können nicht verlangen, daß andere Kollegen für uns die Mittel anbringen. Also stoße sich keiner an dem paar Pfennigen Beitragserhöhung, sie kommen Euch allen wieder zugute. Unsere Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr bei Jaspert statt.

**Reheim a. d. Ruhr.** In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde zunächst der Quorum festgestellt. Paraus war zu erleben, daß sich unsere Mitgliederzahl vermehrt hat. Kommen wir doch eine beträchtliche Summe mehr an die Zentrale abliefern; ja

muß es in jedem Quartal sein. Auch haben wir im hiesigen Bezirk über 200 Mitglieder; der Zuwachs von weiteren 200 wird wohl im Laufe dieses Winters erfolgen. Jeder muß ein tüchtiger Agitator sein. Es wurden dann weitere Fabrikbelegte und Vertrauensmänner ernannt; fülle jeder seinen Posten gut aus, zur Ausbreitung und inneren Festigkeit des Verbandes. Auch mögen diese nebst den Mitgliedern und dem Vorstande recht pünktlich an den Diskussionsabenden, jeden Dienstag, 8 1/2 Uhr im „Schwan“ erscheinen, um sich Wissen und Können anzueignen. Ferner wollen sich die Mitglieder soviel wie möglich an dem, von den Christl. Gewerkschaften des hiesigen Bezirkes im Gesellenhause zu Gasten jeden Donnerstag, abends 8 Uhr veranstalteten Unterrichtskursus beteiligen. Am ersten Unterrichtsabend waren 18 Mitglieder, am zweiten 25 anwesend, es zeigt sich also, daß die Abende recht interessant sind; möge sich die Beteiligung weiter steigern. Am ersten Abend wurde das Versammlungsrecht und seine Handhabung, am zweiten das Krankenversicherungsgesetz besprochen, und jetzt folgt das Koalitionsrecht usw.

Des Ferneren wurde beraten, wann wir den 35 Pfg.-Beitrag einführen sollen, ebenso den besseren Vertrieb der Lokal- und Reservefondsmarke. Desgleichen mögen die Sammelisten mehr an Nichtmitgliedern gereicht werden, damit dieselben auch ein Opfer für unsere gute Sache bringen. Ferner wurde noch auf die Wahl der Arbeitervertreter zur Arbeiterversicherung und einen Besuch des Fabrikinspektors in hiesigen Fabriken, der sich besonders über die Gesundheitsverhältnisse ausgesprochen haben soll, hingewiesen. Die nächsten monatlichen Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag, abends 8 Uhr bei Hellwig statt. Jeden Sonntag, morgens 9 Uhr findet im „Schwan“ Zahlung der Beiträge statt.

**Pforzheim.** Am 23. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Aus der Berichterstattung ging hervor, daß im Verlaufe des Jahres 9 Anschußsitzen und 12 Versammlungen stattfanden. Aufgenommen wurden 30 neue Mitglieder. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 286 Mk., wovon 244 Mk. an die Zentrale abgeandt wurden; die Gesamteinnahme der Lokalkasse war 187 Mk., davon ausgegeben 134 Mk.; Bestand 52 Mk. Als Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Wettstein, Weber, Kuhn, Frank, Meeh, Kentscher, Göppert, Schwarz, Dallinger. Zu Unterklassierern: Gertner, Müller, Kasper und Hefelschwert. Ferner wurde beschlossen, den Wochenbeitrag ab 1. Januar auf 35 Pfg. zu erhöhen.

Anmerkung der Redaktion: Der 1. Januar ist der denkbar schlechteste Termin zur Einführung eines erhöhten Beitrages, da einerseits die vielen Feiertage, andererseits der Terminwechsel größere Anforderungen an die Kasse des Einzelnen stellt. Besser ist der Monat November, die Kollegen haben sich dann schon daran gewöhnt. Bei der Einführung einer Neuerung kommt es sehr darauf an, eine Zeit zu wählen, wo bei den Mitgliedern am wenigsten Widerstand zu erwarten ist.

**Menscheid.** Um unserer guten Sache willen sehen wir uns wieder in die Notwendigkeit versetzt, in unserem Organ die hiesigen Kollegen an die Pflicht zu erinnern, welche sie ihrer Organisation schulden. Vor bald 3 Jahren trat hier die Ortsgruppe des Christl.-soz. Metallarbeiterverbandes ins Leben. Vieles ist geschehen in dieser Zeit in bezug auf agitatorische Tätigkeit, Mitglieder und öffentliche Versammlungen; aber die Interesslosigkeit der hiesigen Christlichen Arbeiter, deren es hier trotz der blühenden Sozialdemokratie noch eine hohe Zahl gibt, machte es fessig, daß nie ein zufriedenstellender Besuch der Versammlungen konstatiert werden konnte. Meistens per Postkarte zu den Versammlungen geladen, waren es immer nur dieselben Kollegen, die ihrer Pflicht nachkamen, die sich bewußt waren, warum sie Gewerkschaftler geworden sind. Eine Zahl von Kollegen haben es zustande bringen können, seit ihrem Eintritt höchstens 1-4 Versammlungen zu besuchen; die Folge davon war natürlich, daß sie nach kaum Jahresfrist der Gewerkschaft den Rücken kehrten, weil sie eben vergessen hatten, wozu die Versammlungen eigentlich angelegt werden, doch nur um sich über die wirtschaftlichen Zustände untereinander zu belehren und zu schulen. Viele zogen es vor, in allen möglichen, unnütigen Vereinen zu glänzen, und dadurch das eigene Standeswohl zu vergessen.

Kollegen, das muß anders werden! Wir appellieren an euer Ehrgefühl, und mahnen euch an eure Pflicht! Daselbe rufen wir den Kollegen zu, die es bis jetzt nicht zu Wege brachten, sei es durch Laueheit oder Unwissenheit, der Ortsgruppe beizutreten. Öffnet die Augen und ihr werdet sehen, wie unbedingt notwendig es ist, euch in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Seht ihr nicht, wie sich alle Arbeitgeberstände vereinigen, um ihre Interessen zu wahren? Ja noch mehr, sie schließen sich zusammen, um, wenn es sein muß, euren gerechten

Forderungen zur Besserstellung eurer Lage mit überlegener Gewalt entgegenzutreten zu können. Wollt ihr die Schwachen bleiben, die sich nicht zu dem Gedanken erheben können, daß durch den Zusammenschluß der Arbeiter in den Organisationen eure gedrückte Lage erfolgreich gehoben werden kann? Sagt nicht: Hier in Remscheid ist die Organisation nicht notwendig. Wohl gibt es noch Arbeitsstellen, wo der Arbeiter einigermaßen sein Ankommen mit dem Lohne hat, aber zum größten Teil sind die Arbeiter doch hier auch nicht auf Rosen gebettet. Taxende haben kaum soviel Einkommen, daß sie notdürftig ihr Leben fristen können. In vielen Werkstätten verdienen Familienväter 18—20 Mk. pro Woche, bei angestrengter Aufforbarkeit; es sind dies meist gelernte Arbeiter des Feilenhanergerwerbes und der Kleinbranche. Aber auch in den großen Werken stehen die Löhne e. r. niedrigen Stufe, die wegen den hohen Mietpreisen und teuren Lebensverhältnissen lange nicht den Bedürfnissen der Familie genügen können.

Wollt ihr nicht, daß man euch noch mehr Entbehrungen auf den ohnehin schweren Stand ladet, so tretet hervor aus der Untätigkeit, tretet ein in den Verband und in Gewerkschaften. Zeigt, daß ihr keine willenslosen, stumpfsinnigen Arbeiter seid, sondern Mut genug habt, dem Ausbeutungssystem mit freier Stirn entgegen zu treten, und euch durch die Gewerkschaft bessere Verhältnisse schaffen wollt, wozu der Arbeiter sein volles Recht hat. An vielen Orten geben euch die Kollegen ein Beispiel, sie haben schon mehr den Wert der Arbeiterorganisation in Berufsverbänden erkannt, warum denn ihr nicht, ihr christlichen Kollegen von Remscheid? Laßt euch nicht die Ohren vollhängen von denjenigen, die da sagen: Die Christlichen sind Pfaffen und Schützer des Unternehmertums oder sie sind Zentrumsbündler. Nur in den christlichen Gewerkschaften findet ihr volle und ganze Vertretung eurer gerechten Interessen. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband!

**Siegburg.** Am Freitag, den 18. Oktober fand hier selbst im Saale des Hotel Stern eine christliche Arbeiterversammlung zwecks Einführung unseres Verbandes statt. Dieselbe war von 300—400 Personen besucht. Koll. Schlad-Röhl sprach in einem einstündigen Vortrage über die christl.-nationale Arbeiterbewegung und ihre Nutzenanwendung. Ausgehend von der Tatsache, daß der Staat durch den § 152 der Gew.-Orb. das Recht der Vereinigung des Arbeiterstandes zur Besserung seiner Lage anerkannt habe, führte er weiter aus, daß auch unser Kaiser in seinen Februarerlassen und in seinem Telegramm an den Frankfurter Kongreß den Bestrebungen der Arbeiterklasse auf christlicher und nationaler Grundlage freundlich gegenüber stehe. Auf Grund dieser Tatsache und im eigenen Interesse müßten sich die Arbeiter in den christl. Gewerkschaften zusammenschließen. Dieselben wollten keinen Unsturz und keinen Klassenkampf, sondern auf rechtl. und gesetzmäßigen Wege ihre Lage verbessern. Durch Hebung der Bildung, durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wollten sie die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den anderen Ständen herbeiführen. Zum Schlusse forderte er alle Kollegen auf, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nach einer lebhaften Diskussion, in welcher allgemein die Einführung der christlichen Gewerkschaften begrüßt wurde, ließen sich ca. 30 Kollegen in den christl.-sozialen Metallarbeiterverband aufnehmen.

Nachdem die öffentliche Versammlung geschlossen war, blieben die eingetretenen Kollegen noch etwas beisammen, um sich über die erste Tätigkeit klar zu werden. In den provisorischen Vorstand wurden bis zur nächsten Versammlung die Kollegen Geus, Vogel und Schmitz gewählt. — Den Kollegen von Siegburg rufen wir ein herzliches „Willkommen in unserem Verbands“ zu.

**Silendorf.** Erfreulicherweise ist unsere Ortsgruppe durch die in letzter Zeit bei den hiesigen Metallarbeitern eingetretene Strömung zur Organisation wiederum sehr stark geworden, hoffentlich geht's in Zukunft noch besser. Die Hauptsache nun wird es sein, die neuen Mitglieder zu schulen, d. h. gewerkschaftliche Kenntnisse beibringen. Dafür sind die Versammlungen und das Lesen des Organ die besten Mittel.

Jeder Kollege muß es sich als eine Pflicht rechnen, auch den Versammlungen beizuwohnen. Es ist zwar in dieser Hinsicht früher immer schwer geständig worden, und hoffen wir, daß dieser alte Schlandrian jetzt aufhört, zumal wir jetzt eine ganze Masse tüchtiger, intelligenter Kollegen aufgenommen haben, welche in der Versammlung das Wort ergreifen können.

Durch die in letzter Zeit stattgefundenen Versammlungen, welche allerwärts im Aachener Bezirk abgehalten und sich hauptsächlich mit den Hütten-

Werken beschäftigte, wurden viele Mißstände an die Öffentlichkeit gebracht, und hat man sich auch schon angefaßt, in verschiedenen Sachen Abhilfe zu schaffen. Jedoch stehen noch viele Fragen zu lösen offen. Besonders verweisen wir auf die Entlohnung der gelernten Facharbeiter als Schlosser, Schmiede, Eisendreher usw., welche es sehr nötig hätten, daß ihr Lohn um etwa gebessert würde. Hierzu, sowie auch für die andern Metallarbeiter, Hüttenleute, Maschinisten, Feizer, Walzer usw. ist es das beste Mittel, sich einig zusammenzuscharen im christl.-sozialen Metallarbeiterverband.

Unser Aachener Bezirk ist der stärkste zwar in unserm Verband. In der letzten Ausschreibung wurden 3250 Mitglieder festgestellt. Die Zahl muß sich verdoppeln, die Zeichen sind dafür da. Tue ein jeder Vertrauensmann seine Pflicht, damit wir hier am Orte nicht vor den andern Gruppen im Bezirk zurückstehen brauchen.

**Hagen.** Unsere Ortsgruppe hielt am Samstag, den 5. November ausnahmsweise im Lokale des Herrn Brooke ihre Versammlung ab. In derselben hatte Kollege Treute den Vortrag übernommen über „Den gewerblichen Arbeitsvertrag“; leider ließ der Versammlungsbefuch viel zu wünschen übrig. Der Kollege verstand es, die erschienenen Mitglieder durch seinen Vortrag zu fesseln, er wies an der Hand nach, wie die einzelnen Bestimmungen zu handhaben wären, sowie auch die einzelne Paragraphen erklärte er unter Hinzuziehung des B.-G.-B. und der Gewerbe-Ordnung.

Es folgte hierauf eine längere Diskussion, in welcher besonders noch mehrere Anfragen des hiesigen Gewerbegerichts betreffend, welche vom Vorsitzenden, der als Gewerbegerichtsbeisitzer fungiert, beantwortet werden konnten. Mit dem Appell, stets die Mitgliederversammlungen treu zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Riel.** Am 23. Okt. hielten wir zum erstenmal eine öffentliche Versammlung aller christl. Metallarbeiter ab. Diese Versammlung hatte den Zweck, den Verband mehr wie bisher in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dieser Zweck wurde vollständig erreicht, denn der Saal war gut besetzt. Unsere Mitglieder, die Kollegen Laub und Schmidt hatten die Referate übernommen. Ersterer sprach über die Arbeitslosigkeit. An der Hand statistischer Erhebungen zeigte er die Größe der Arbeitslosigkeit, zugleich zeigend, daß die Zahlen noch recht unvollständig sind. Nach Schilderung der schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit, zeigte Redner, welche Mittel hiergegen anzuwenden seien. Diese stütz in erster Linie in guter Organisation und zum Teil in Versicherungen zu sehen, welche letztere selbstredend obligatorisch sein müssen.

An diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Debatte, in welcher hauptsächlich die Zuchthausarbeit besprochen wurde.

Hierauf erhielt der 2. Redner, Kollege Heldt, das Wort, welcher die Notwendigkeit der Organisation behandelte. Redner zeigte, wie die anderen Stände, einschließlich der Arbeitgeber, sich in Organisationen vereinigen und zeigte dann, welche Lehre der Arbeiter hieraus zu ziehen habe. — Während dieses Vortrages betraten in recht animierter Stimmung drei Hirsch-Damdersch Organisierte den Saal. Der erste, der sich zum Wort meldete, war der frühere Schriftführer der Hirsch-Damderschen, Wolter. Mit großem Phrasenschwall erzählte er von den großen Leistungen seines Gewerbevereins und im Laufe der weiteren Debatte wurde diese Lage immer wiedergehört. Sein Grundgedanke war stets: Solange wir noch keine normale Menschen sind und nicht normal denken können, gibt es auch keine normale Gewerkschaften! (Der Herr schloß jedenfalls von sich auf andere.) Schließlich mußte ihm das Wort entzogen werden, worfür er sich mit dem Austritt rächte: Ihr Christlichen seid noch schlimmer wie die Sozialdemokraten! Ein allgemeines Gelächter war die Antwort. Nach einem kräftigen Schlusswort wurde die Versammlung geschlossen, nachdem eine Reihe von Neuaufnahmen stattgefunden hatte.

**Rürnberg.** Unsere am 5. d. s. Mts. stattgefundene Mitgliederversammlung nahm trotz des flauen Besuches einen regen Verlauf. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Vortrag unserer Kollegen Steinhäuser über Arbeits- und Arbeiterkammern. Dieses Thema, welches sich immer näher

zum Tagesprogramm bedingt, fester und der Referent in klaren Zügen und es war aus den Ausführungen deutlich zu ersehen, daß wir als christl. Gewerkschaftler, um den Klassenkampf fernzuhalten uns nur der Förderung der Arbeitskammern anpassen können. Hierfür lohnte reichlich Beifall der Referenten.

Nach der Diskussion, woran sich einige Kollegen beteiligten, gab unser Kassierer bekannt, daß durch einige Sammelisten für die ausgesperrten Kollegen rund 40 Mark eingegangen sind. Es ist hierfür den Gebem herzlichen Dank auszusprechen. Allgemein muß leider bedauert werden, daß mehrere Kollegen sich so wenig an den Versammlungen beteiligten. Es ist doch gerade das Wichtigste, in den Versammlungen zu erscheinen, um sich genau über die Verhältnisse unseres Verbandes Klarheit zu verschaffen. Mögen es sich deshalb nur man an alle, bis jetzt so flauen Kollegen, sich dringend zur Aufgabe machen, fleißig die Versammlungen zu besuchen. Was nützt dem Verbands ein stilles Mitglied zu Hause oder in einem Vergnügungsverein?

Darum, liebe Kollegen, hinein in die Versammlungen, berüget dieselben zur weiteren Ausbildung und zur Belehrung, denn nur durch reges Mitarbeiten ergänzen wir die Macht unserer christlichen Gewerkschaft, welche sich das Wohl ihrer Mitglieder zur Aufgabe gestellt hat.

**Triberg.** Unsere am Samstag, den 29. Oktober abgehaltene Versammlung war gut besucht. Zu dieser Versammlung hatte sich der Gewerkschaftssekretär Jansen vom christlichen Holzarbeiterverband eingefunden. Derselbe behandelte in einstündigem Referat: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.“ Redner zeigte, wie schon vor einigen hundert Jahren sich wirtschaftliche Koalitionen gebildet haben und wie ganz besonders in unserer Zeit für die Arbeiter das Bedürfnis besteht, sich wirtschaftlich zu koalieren. Von einem wirklichen Koalitionsrecht in Deutschland sei jedoch keine Rede, es sei dringend notwendig, sich dasselbe zu erkämpfen. In engstem Zusammenhange mit dem Koalitionsrecht stehe das Vereins- und Versammlungsrecht. Dieses Gesetz lasse ganz besonders die großen Unterschiede erkennen in den einzelnen Bundesstaaten. Während bei uns in Süddeutschland dasselbe viel Freiheit gewähre, ist es in den Reichslanden, in Preußen und Sachsen ein sehr beschränktes zu nennen. Es sei ebenfalls notwendig, nach einem guten, einheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht zu streben. Im Anschluß an dieses Referat forderte er die Holzarbeiter, die bisher dem christl. Metallarbeiterverband angehört haben, auf, eine eigene Zahlstelle für den christl. Holzarbeiterverband zu bilden. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet. Da jedoch die Zahl der Holzarbeiter eine kleine ist, so bedeutet dies für den Metallarbeiterverband keinen nennenswerten Verlust.

Vorsitzender Vier trübte an die Worte des Redners noch einige beachtenswerte Bemerkungen und forderte die Kollegen auf, die Winterzeit zu recht eifriger Agitation zu benutzen. Es wurde hierauf noch beschlossen, im Monat Januar einen kleinen Vergnügungsabend abzuhalten, doch soll an diesem Abend nicht allein dem Vergnügen gelauscht werden, sondern man geht darauf hinaus, etwas praktisches zu leisten, indem man die Frauen und Arbeiterinnen dazu einladet um auch dieselben durch einen entsprechenden Vortrag mit dem Gewerkschaftsgedanken vertraut zu machen. Hoffen wir, daß diesen Winter über unsere Sache auch hier einen guten Schritt vorwärts kommt.

**Willingen.** Wie aus unserem Fachblatt zu sehen ist, sieht es in vielen Ortsgruppen mit dem Versammlungsbefuch flau aus; leider trifft dies auch hier zu. Viele Mitglieder glauben, die Gewerkschaft sei eine Vereinigung wie jeder andere Vergnügungsverein, wo nur Ausflüge und Unterhaltungen aller Art besprochen werden. Mein Kollegen, in den Gewerkschaftsversammlungen werden Vorträge gehalten über (für den Arbeiter höchst wichtige Gesetze) Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, ferner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und über die Mißstände, welche da und dort herrschen und wie diese beseitigt werden können. Sollten Mißstände vorkommen, welche in der Versammlung nicht besprochen werden können, so sollen diese dem Ortsausschuß wahrheitsgetreu mitgeteilt werden, welcher für Abhilfe sorgt. Die Versammlungen sollen auch dazu beitragen, uns sich gegen-

feitig zu schulen, das Mißtrauen unter den Arbeitern zu beseitigen und so mehr Einigkeit zu erreichen. Wir richten die dringende Bitte an die Mitglieder, für alle Zukunft pünktlich in allen Gewerkschaftsversammlungen zu erscheinen und auch die Nebenkollegen mitzubringen; denn es ist ja für jeden einzelnen vorteilhaft, je rascher unser Verband an Mitgliedern wächst, desto eher und mehr erreicht werden kann. Trage jeder dazu bei, daß wir überall, in der Arbeitsstelle wie im öffentlichen Leben, als charaktervolle Männer gelten. Also Kollegen! Auf zur mündlichen Agitation! Hinein in die Versammlungen, damit auch der christliche Metallarbeiter wachst, wächst und gedeiht. Denn nur **Einigkeit macht stark.**"

**Hagen.** Die Ortsgruppe des christl. Metallarbeiterverbandes veranstaltete am Sonntag, den 6. November, im Saale des W. Flüge, Erthausen, eine Versammlung. Der hochw. Herr Vikar Koch hielt zunächst einen interessanten Vortrag. Derselbe betonte, wie notwendig es sei, daß sich die Arbeiter organisierten. Die Bauern gründeten Berufsgenossenschaften, um ihre Produkte auf dem Preise zu halten oder selbige zu erhöhen. Die Löhner hätten durch Verbände großartiges erreicht durch Festsetzung der Gehälter oder Erhöhung derselben. Dieses müßte auch der Arbeiter nachmachen, denn wenn dieselben sich nicht vereinigten, um der Ausbeutung des Kapitalismus entgegen zu treten, dann würde die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer größer, was zweifellos zur Revolution führen müsse; dieses ließe sich auf friedlichem Wege aber nur dann hindern, wenn alle Arbeiter Mann für Mann, keiner dürfe zurückbleiben, dem Metallarbeiterverbande beitrete. Zum Schluß forderte derselbe auf, fleißig die Versammlungen zu besuchen und Opfer zu bringen an Zeit und Geld.

Sodann entledigte Kollege Rifehner-Meheim seine Aufgabe in lobenswerter Weise. Zunächst ermahnte derselbe, das junge Bäumchen, welches so eben gepflanzt sei, auch fleißig zu begießen, damit es freudig wachse und gedeihe. Besprach dann die Vorteile, welche durch den christlichen Metallarbeiterverband schon erreicht wären und noch erreicht werden müßten. Es sei heute schon für die Arbeiter um ein bedeutendes besser geworden und würde noch viel besser werden, je eher und je mehr sich dieselben dem Verbände anschließen, denn der Arbeiterstand dürfe heute in Preußen gerade so gut seine Rechte verteidigen, wie die anderen Länder und er bestche aus demselben Fleisch und Bein, wie diese, folglich gebühre ihm auch, in geordneten Verhältnissen leben zu können; dieses zu bewerkstelligen, sei Ziel und Hauptaufgabe des Verbandes. Zum Schluß wies Referent noch darauf hin, da die Ortsgruppe meist aus Kettenfahrenden besteht, das Kettenfabrikant Schlipper in der Grüne und Kettenfabrikant Gooßart im Mühlenhahl, den Bezirksleiter Minter in Düsseldorf angehtanden hätten, doch möglichst alle Kettenfahrende anzuregen, sich zu organisieren, da es ohne dieses nicht möglich sei, eine Karte zum ordentlichen Preise zu verkaufen und ohne dieses den Arbeitern auch keinen guten Lohn zahlen könnten. Öffentlich beherzigen unsere Kettenfahrende diese Aufforderung in ihrem eigenen Interesse.

**Radolfzell.** Auf Freitag, den 11. d. s. hatten sich im „Kreuz“ in Radolfzell eine Anzahl Gesinnungsgenossen eingefunden zur Gründung einer christl. Gewerkschaft. Der Referent des Abends legte den Unwesenden die Notwendigkeit und Bestrebungen dieser christl. Gewerkschaften auseinander. Die anschließenden Diskussionsredner wünschten durchgängig einem christl. Verbände beizutreten, diesem Wunsch wurde Rechnung getragen, indem eine Zahlstelle unseres Verbandes perfekt gegründet wurde. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Sterner, Vorj.; Buch, Kassierer; Baum, Schriftführer; Sache unserer Radolfzeller Kollegen ist es, neben eigener Schulung die Zahlstelle zu einem aufstrebenden Faktor auszubilden durch energische Agitation nach außen wie nach innen. Dann wird die Ortsgruppe blühen und gedeihen und nach allen Richtungen die Interessen der Arbeiter vertreten können.

**Worringen.** Vor 6 Wochen gründeten die Metallarbeiter meistens Kettenfahrende, bei der Firma Karl Born beschäftigt, eine Ortsgruppe. Am 10. wurden 4 Vorstandsmitglieder, angeblich wegen

Mangel an Aufträgen gekündigt. Bezirksleiter Döring-Köln wurde beim Herrn Born vorstellig, um den Entlassungsgrund zu erfahren. Herr Born gab offen zu, diese Leute wegen Zugehörigkeit des Verbandes zu entlassen. Es gelang dem Bezirksleiter Döring, Herrn Born umzustimmen, die Kündigung zurückzunehmen, jedoch meinte derselbe, der Verband habe für Worringen keinen Zweck, da er den Arbeitern keine Vorteile bringe. Er als Arbeitgeber, habe den Arbeitern gegeben, was er bekommt, fühle daher mit der Zugehörigkeit zum Verbände eine Spitze gegen sich gerichtet. Es kam zum folgenden Vergleich; 1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, bisher 11 Stunden, mit dem Vorbehalt, kein Akkordzuschlag, da die Kettenindustrie momentan wenig Gewinn abwerfe; 2. verglichen sich die Arbeiter, für eine Pünktlichkeit bei Anfang und Ende der Arbeit einzutreten; 3. Einführung eines Arbeiterausschusses. Öffentlich ziehen die Kollegen aus diesem Vorfalle eine Lehre und schließen sich geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverbände an, nur dadurch ist es möglich, bessere Verhältnisse herbeizuführen und der Schmutzkonkurrenz in der Kettenindustrie entgegen zu arbeiten.

### Streiks und Lohnbewegungen.

- Berlin.** Aussperrung der Gürtler.
- Fürth.** Aussperrung der Metallschläger.
- Goben b. Düren.** Der Streik bei Deutzen dauert unverändert fort.
- Leipzig.** Bauischlosser in Lohnbewegung eingetreten.
- Menden.** Wegen Maßregelung sind Differenzen ausgebrochen.
- Walsum.** Wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen.

### Briefkasten.

Eine ganze Reihe Berichte mußten Raummangels wegen zurückgestellt werden.

### Versammlungs-Anzeiger.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in den Versammlungen zu erscheinen, für den Verband zu agitieren, und neue Mitglieder anzuwerben.

Die Adresse der Hauptkassie ist:  
**Barthel, Rentmeister a. D.,  
 Duisburg, Healschulstraße Nr. 1**  
 An demselben sind Gelder und Abrechnungen einzusenden.

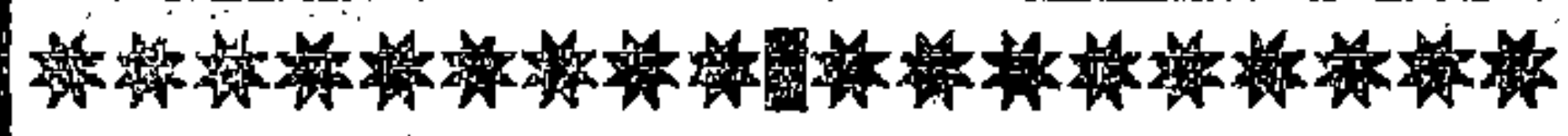
**Berlin.** Jeden 2. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 20. — Jeden letzten Sonnabend im Monat Vertrauensmänner- und Krankentafelversammlung, Niederwallstraße 32. — In Oberschönenweide jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr bei Rotbar, Replerstraße 1. — Unterstützungen zahlt aus Kollege Albrecht, Solmsstraße 12IV, vorn, von 1 1/2-3-1/2 Uhr abends.

**Hagen.** Am Donnerstag, den 24. November finden in Hagen im Paulushaus, Piepers Lokal, Poststraße, nachmittags von 6 Uhr ab die Wahlen der Delegierten für die Krankentafel IV statt. Dierauf machen wir die Bauischlosser, Klempner, Kupfer- schmiebe, Pumpenmacher und Installateure aufmerksam. Tue jeder seine Pflicht und erscheine an der Wahlurne. Alle Ortsgruppen haben die Pflicht, ihre Mitglieder auf diese Wahl aufmerksam zu machen und hinzuzuführen.

**Der Vorstand des Bezirks Hagen.**  
**Hagen.** Sonntag, den 27. November veranstaltet das Lokaltariat der christl. Gewerkschaften Hagens im Lokal „zur Jagd“, Buntkeißel den 1. Volkshilfsabende. Thema: Eine Rheinreise von Köln bis Mainz. Einlaß 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Karten zum Preise von 20 Pfg. sind bei den Vertrauensleuten zu haben.

**Wachum.** Sonntag, den 27. November, nachm. 4 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Wiemelshauerstraße 18.  
**Buchholz-Großenbaum.** Sonntag, den 27. November, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Joh. Bräutigam in Großenbaum.  
**Essen-Segeroth.** Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr Versammlung im Jöhend Haus, Segerothstraße.  
**Essen-Berge-Forbeck.** Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Golepats, an der kath. Kirche.  
**Essen-Forbeck-Schönebeck.** Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Hausmann, Eßenerstraße.

- Essen-Holsterhausen.** Sonntag, den 20. November, nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Hüfverlesche (früher Siegmans), Döbelenstraße.
- Essen-Stadt.** Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr Versammlung im Alfredshaus (Meiner Saal), Frohnhauserstraße.
- Essen-Altendorf.** Sonntag, den 27. November, abends 7 Uhr Versammlung bei Alfred Wint, Altendorferstraße.
- Essen-Altenessen.** Montag, den 28. November, abends 8 Uhr Versammlung bei Wm. Esser, Panumerstraße.
- Eilendorf.** Sonntag, den 27. November öffentliche Versammlung. Das Lokal wird durch Laufzettel bekanntgegeben.
- Gürtlich.** Sonnabend, den 3. Dezember Versammlung im Restaurant zur Heusenblüt, Bahnhof- und Kröllstraße-Gde.
- Häfen.** Nächste Versammlung Sonntag, den 20. November, nachmittags 4 Uhr. Die Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen; Fehlende zahlen 10 Pfg. Strafe. — Am 1. Sonntag im Dezember öffentliche Versammlung.
- Hannover-Linden.** Nächste Versammlung Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr im Verbandslokal „Lindenhof“, Deijterstraße 15.
- Humboldt-Kolonie (Köln).** Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung und Vortrag.
- Ka. E.** Sonntag, den 27. November, vormittags 10 1/2 Uhr Besprechung über das Familienfest; Vortrag: Arbeitskammern. Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
- Kiel.** Sonnabend, den 26. November, abends 1/2 9 Uhr Versammlung im Lokal „zur Doppeldeich“, Schevenbrücke 6.
- Wiederich.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 6 Uhr, jeden Mittwoch, abends 9 Uhr Unterrichtskursus bei Haverkamp, Kaiserstraße.
- Mülheim a. d. Röhne.** Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung.
- Rürberg.** Samstag, den 26. November, abends 8 Uhr im Gelehenhofspiz Kartellversammlung mit Vortrag. — Samstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr im Lokale „zur Baumwolle“ Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Retze (Hannover).** Jeden 2. Sonntag im Monat, nachm. 3 1/2 Uhr Mitgliederversammlung.
- Schalke.** Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr Versammlung im Vereinslokal Schlieking, Gewerkenstraße. — Beiträge können an den Kassierer Koll. Wittman, Grenzstraße 14 mittags von 12-1 Uhr und abends nach 7 Uhr gezahlt werden.
- Wingst.** Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 20. November, vorm. 10 1/2 Uhr bei Flohe statt; Vortrag des hochw. Herrn Rektor Wasilak.
- Wurselu.** Jeden 3. Sonntag im Monat Mitgliederversammlung bei E. Schümmer.



Unserem lieben Kollegen  
**Karl Wertes**  
 nebst Braut  
 zu seiner Vermählung  
 die herzlichen Glück- und Segenswünsche.  
 Die Kollegen der Ortsgruppe Hagen.



Unserm Kollegen  
**Aug. Niesing nebst Braut**  
 zur Feier ihrer Vermählung  
 die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!  
 Gewidmet von den Kollegen der Zahlstelle Schalke.



Unserm Kollegen Schriftführer  
**Spreckelmeyer nebst Braut**  
 und Vertrauensmann  
**Valentin Diez nebst Braut**  
 die herzlichsten Glückwünsche  
 zu ihrer Vermählung.  
 Die Kollegen der Ortsgruppe Osnabrück.



Unser Kollege  
**Simon Hagen**  
 ist gestorben.  
 Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.  
 Ortsgruppe Stolberg.



Unser trener Kollege  
**Offermann**  
 ist gestorben.  
 Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.  
 Ortsgruppe Mülheim a. Röhne.